VEDD
Verband Evangelischer
Diakonen- und Diakoninnen-
gemeinschaften
in Deutschland e.V.

Liebe Schwestern und Brüder,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir alle erleben die Veränderungen in der Sozialen Arbeit.
Das Selbstverständnis, die Steuerungsfunktionen und die Finanzierungen innerhalb des Sozialstaates ändern sich grundlegend.

Der gegenwärtige Diskurs über die Zukunft des Sozialstaates ist – sowohl was die Analyse als auch was die Schlussfolgerungen angeht – überwiegend ein Modernisierungsdiskurs, der Reformen mit einem Mehr an ökonomischen Gestaltungsmöglichkeiten gleichsetzt.

Die Zusammenhänge und Leitlinien der neuen Sozialpolitik sind in den vergangenen Monaten auch Thema vieler unterschiedlicher Foren, Gremien und Treffen in den VEDD-Mitgliedsgemeinschaften.

Dabei werden die tiefgreifenden Wandlungsprozesse in unserer Gesellschaft und ihre direkten Auswirkungen auf Kirche, Diakonie und die Lebens- und Dienstwirklichkeit von Diakoninnen und Diakonen nicht nur als *ökonomisches* Problem diskutiert, sondern als *geistliche* Herausforderung, die jeden und jede von uns fordert.
Wie können wir trotz der Entwicklungen diakonisch handeln – als Einzelne, als Mitarbeiter und Mitgestalter von Institutionen, als Diakoninnen und Diakone Jesu Christi?

In seinem Aufsatz *‚Geld und Geist'* greift Pastor H. - Hermann Brandhorst, Diakonenschule Nazareth, Bethel, viele dieser Fragen auf und regt an, weiter zu denken und den eigenen Standpunkt zu finden.

Ich gebe diese grundsätzliche Anmerkungen *‚zum schwierigen Spagat der Diakonie zwischen Ökonomie und Spiritualität'*, als ‚Sommerlektüre, die es in sich hat' zur Weiterarbeit an den Diakon/innenschulen, bei Regionaltreffen.... an Sie weiter und wünsche Ihnen fruchtbare Gespräche.

Eine gute Sommerzeit!

gez. C. Christian Klein

Geld und Geist.

Anmerkungen zum schwierigen Spagat der Diakonie zwischen Ökonomie und Spiritualität*

von H. - Hermann Brandhorst

Die Diakonie mit ihren 23.159 Einrichtungen (Stand 1.1.2002) ist seit Jahren einem ernormen Veränderungs- und Rechtfertigungsdruck unterworfen, der die Ressourcen Geld (Refinanzierung) und Geist (evangelische Identität, christliches Proprium) zunehmend verknappt. So bemühen sich diakonische Träger, die von der jeweiligen politischen Mehrheit gewollten, sozialgesetzlich vorgeschriebenen und gesellschaftlich überwiegend unterstützten Paradigmenwechsel in der Pflege- und Sozialarbeit so verantwortlich wie möglich umzusetzen:

- ambulant vor stationär,
- regional/dezentral vor zentral,
- Assistenz statt Fürsorge,
- Kunde/Nutzer statt Klient/Patient,
- Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung,
- Subjekt- statt Objektförderung etc.

Weitere Stichworte sind: „Normalisierung", „Persönliche Budgets", „Kunden- bzw. Nutzerorientierung", „Beschwerdemanagement", „Empowerment", „Casemanagement", „Verselbstständigung" etc.[1] Entsprechend soll auch die Helferhaltung gewandelt werden von der empathischen, mitfühlenden, asymmetrischen, teils auch als bevormundend und entmündigend bewerteten Fürsorge und Betreuung von abhängigen („hörigen") Klienten, Patienten, Betreuten, hin zur fachlich rationalen, effektiven, professionell distanzierten, von der Hilfsbedürftigkeit innerlich möglichst unabhängigen, emotional sachlichen und wirtschaftlich kalkulierenden Dienstleistung für selbst bestimmte Kunden oder Nutzer.[2]

---

* Überarbeitete, erheblich erweiterte und am 1.4.2005 fertig gestellte Fassung des in „Wort und Dienst. Jahrbuch der Kirchlichen Hochschule Bethel" (WuD) 27 (2003), 337-346 erschienenen Aufsatzes: Diakonie als Teilnahme am „Leiden Gottes im weltlichen Leben" (D. Bonhoeffer). Plädoyer für ein intensives Ringen und Bemühen um die Spiritualität in der Diakonie. Hinweise und Anregungen verdanke ich Diakon Rainer Nußbicker sowie meinen Kollegen Diakon Werner Arlabosse und Pastor Dr. Dierk Starnitzke. In memoriam gewidmet ist dieser Beitrag dem Karsamstag 2005 plötzlich verstorbenen, für Personal und Bildung zuständigen Direktionsmitglied der Westf. Diakonissenanstalt Sarepta und Westf. Diakonenanstalt Nazareth, Diakon Dr.Jürgen Steinbrück. Ihm verdanke ich eine erfolgreiche, solidarische, unkomplizierte und humorvolle Zusammenarbeit von 1983 bis 1995, als wir beide Dozenten an der damaligen Diakonenschule Nazareth waren. Da ich nicht „sine ira et studio" (ohne Zorn und Eifer) geschrieben habe, ist dies kein wissenschaftlicher Beitrag, sondern eine für die diakonischen Gemeinschaften und für die Diakonenausbildung bestimmte Diskussionsvorlage, die meine persönliche Meinung wiedergibt. Der Titel ist entlehnt dem Roman von Karl Barths Lieblingsschriftsteller, Jeremias Gotthelf, Geld und Geist oder die Versöhnung.

[1] Vgl. dazu exemplarisch Bundesverband Evangelische Behindertenhilfe u.a. (Hg.), Paradigmenwechsel in der Behindertenhilfe?, Freiburg im Breisgau (2001).

[2] Zur Vielzahl und den unterschiedlichen Implikationen der Benennungen von Hilfeempfängern vgl. Dierk Starnitzke, Bezeichnungen diakonisch betreuter Menschen und das Liebesgebot, in: WuD 26 (2001), 289-305. Starnitzke favorisiert für die diakonische Arbeit den Begriff des „Nächsten", ebenso der Marburger Sozialethiker Franz Segbers. Zu seiner entschiedenen theologischen, philosophischen und ethischen Kritik der „willfährigen Übernahme des Kundenbegriffs" in der Diakonie vgl. ders., Die Menschenfreundlichkeit Gottes und die Kundenfreundlichkeit der Diakonie, in: Gotlind Ulshöfer u.a. (Hg.), Ökonomisierung der Diakonie. Kulturwende im Krankenhaus und bei sozialen Einrichtungen, Frankfurt a.M. (2004), 125-143. Für Segbers verfehlt das der Vertragsethik des Marktes zugehörige Kundenparadigma das theologische „Verständnis des

Bis Mitte/Ende der neunziger Jahre noch in einem relativ gut funktionierenden System der Subsidiarität weitgehend unhinterfragt abgesichert und kostendeckend finanziert, werden die konfessionellen Wohlfahrtsverbände trotz ihrer fachlich guten und innovativen Arbeit seit einigen Jahren immer ungenierter u. a. von Interessenvertretern der Wirtschaft mit dem Generalverdacht belegt, sie expandierten und bereicherten sich „auf Kosten der Schwachen“,[3] und würden häufig nicht effizient und nachvollziehbar mit ihren Finanzen umgehen. Diakonie und Caritas werden als monopolverdächtige „Sozialmultis“, „Wohlfahrtskonzerne“, „gigantische Wohltäter-Unternehmen“ und „Hilfeindustrieen“ diffamiert, die entprivilegiert und rücksichtslos dem konsequenten Wettbewerb des Marktes unterworfen werden müssten, weil sie sonst zu Lasten der Steuer- und Beitragszahler und zu Lasten des „ausufernden Sozialstaates“ uneingeschränkt weiter wachsen und ungerechtfertigt profitieren würden. Unternehmensberatungen – wie das vom NRW-Finanzministerium zwecks Einsparungen bei den Landesmitteln für Kindergärten und Kindertagesstätten 2004 engagierte Konsortium Dr. Malcher, Abel & Heimfahrt – unterstellen Diakonie und Caritas „Kostentreiberei“ z.B. durch „überhöhte Bezahlung des Personals“.[4] Antietatistische, dem kommunitär-liberalen Lager zuzuordnende Diakonie-Kritiker wie z.B. der Münchener Sozialethiker Friedrich Wilhelm Graf, werfen den diakonischen Trägern der Behindertenhilfe „fürsorgliche Belagerung“ und „Entmündigung der Behinderten“ vor, sowie „erschreckende Ineffektivität“ und hinsichtlich der geforderten betriebswirtschaftlichen Rationalisierung eine lediglich „semantische Scheinmodernisierung“.[5] Hinzu kommt noch seit Neustem die Kritik der Politik an der sozialanwaltschaftlichen Aufgabe der Diakonie. Die Diakonie, so die Bundesregierung, habe im Vorfeld der Einführung von Hartz IV „in der Bevölkerung unbegründete Ängste vor der Arbeitsmarktreform“ geschürt.[6]

Diktiert und vorangetrieben werden die Attacken, der Rechtfertigungsdruck und die tief greifende fachliche Modernisierung von einer Allianz zwischen einer - in Deutschland seit der Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch des „Ostblocks“ zunehmend dominanten - „neoliberalen“ Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik und einer sich emanzipatorisch begründenden, individualisierungsaffirmativen postmodernen Sozialphilosophie. Erklärtes Ziel dieser Allianz ist der „Umbau“ der als zu teuer, zu bürokratisch, zu ineffizient, zu reguliert, zu paternalistisch und entmündigend bewerteten sozialstaatlichen, auf dem Prinzip des sozialversicherungsrechtlichen Solidarausgleichs und der generativen Solidarlogik aufgebauten Daseinsvorsorge in ein System selbstverantwortlicher und autonomer Nachfrage von diversi-

---

Menschen als eines Nächsten“ (130), weil es blind ist für die ethische und theologische Dimension der personennahen diakonischen Dienstleistung, die an der Würde und Gottesebenbildlichkeit des Menschen orientiert ist und nicht an seinem monetären Wert. „Nach der Marktlogik hat ein Kunde keine Würde, sondern einen Wert. Die Umwandlung in Kunden geht mit einer Verdinglichung der personennahen Dienstleistung einher. Der Andere wird verdinglicht und als Einzelperson isoliert. Den Blick auf den Anderen und die solidarische Verpflichtung kennt der Kundenbegriff nicht. Er kann nicht zu Bewegungen der Solidarität ermutigen und soziale Notlagen zu einer gemeinsamen Aufgabe machen. Doch erst der Respekt vor der gleichen Würde eines jeden Menschen ermächtigt diesen zum aufrechten Gang. Das macht die ethische Verwerflichkeit des Konzeptes der Kundenorientierung in der Diakonie aus.“ (131). Zum Vergleich der Arbeit in der Altenpflege mit personenbezogenen Dienstleistungen bei der Deutschen Bahn AG und einer Direktbank vgl. W.Dunkel/G.G. Voß (Hg.), Dienstleistung als Interaktion. Beiträge aus einem Forschungsprojekt Altenpflege-Deutsche Bahn-Call Center, München (2004). Die Studie kommt u.a. zu dem Ergebnis, dass eine Übertragung des Konzeptes der Kundenorientierung auf die Altenpflege schon deshalb an der Realität vorbeiziele, weil HeimbewohnerInnen nur in eingeschränkter Weise überhaupt als KundInnen auftreten könnten.

[3] So der scheidende Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln (IW), Gerhard Fels, am 28.6.2004 in Berlin bei der Präsentierung der IW-Studie „Wohlfahrtsverbände in Deutschland – Auf den Schultern der Schwachen“, Köln (2004). Vgl. dazu epd sozial, Nr.27, 2.7.2004, 18 und Nr.28, 9.7.2004, 17.

[4] „Neue Westfälische“ (NW) vom 10.9.2004, vgl. auch epd sozial, Nr.38, 17.9.2004.

[5] Vgl. epd sozial, Nr.41, 8.10.2004, 7.

[6] Vgl. epd-Wochenspiegel 43/2004, 15.

fizierten Angeboten Kapital gedeckter Vorsorge, pflegerischer und sozialer Dienstleistungsprodukte marktförmiger, also kommerzieller und konkurrierender Sozialanbieter[7] bei gleichzeitiger Stärkung und Förderung zivilgesellschaftlichen bzw. bürgerschaftlichen Freiwilligkeitsengagements und neuer sozialer Verantwortungs- bzw. Solidaritätsarrangements. Dieser „Umbau" ist Teil einer Strategie, die der französische Sozialwissenschaftler Michel Foucault „Gouvernementalität" genannt hat, eine von der politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und journalistischen Elite ausgehende systematische und umfassende Beeinflussung und Lenkung der Denk- und Lebensweise der Masse. Seit ca. zwei Jahrzehnten ist eine „neoliberale Gouvernementalität" vorherrschend, die auf eine vollständige „Ökonomisierung des Sozialen" zielt und „den Abbau staatlicher Leistungs- und Sicherungssysteme an den Appell an ´Eigenverantwortung` und den Aufbau selbstregulatorischer Kapazitäten koppelt."[8] Das bedeutet für Deutschland, dass das „ordoliberale" Nachkriegsmodell der „sozialen Marktwirtschaft", das Wettbewerb gedämpft und Bereiche „Jenseits von Angebot und Nachfrage" (so der Titel des von einem der Väter des Ordoliberalismus, Wilhelm Röpke, geschriebenen Standardwerkes) vor einer Ökonomisierung staatlich geschützt hat, nach dem Programm der angebotsorientierten „Chicagoer Schule" des Wirtschaftswissenschaftlers Milton Friedman transformiert werden soll in eine „konsequente Ausweitung ökonomischer Formen"[9] und Rationalitäten auf die vormaligen Schutzzonen des Sozialen, des Politischen, des Administrativen, der Bildung, ja auf alle Aspekte des menschlichen Lebens, das an wirtschaftlichen Leistungskriterien und quasi unternehmerischen Kalkülen ausgerichtet werden soll (Stichwort: homo oeconomicus). Diese ökonomische „Kolonialisierung der Lebenswelten" (Jürgen Habermas) ist Zweck und Ziel des „mit dem Maastrichter Vertrag (1992) eingeleiteten neoliberalen Paradigmenwechsels in der Wirtschafts- und Währungspolitik" der Europäischen Union.[10] Intention der auf dem EU-Gipfel von Lissabon im März 2000 postulierten so genannten „Lissabon-Strategie" der EU ist, durch Deregulierung, Privatisierung, Liberalisierung und Kommerzialisierung staatlicher Leistungen, öffentlicher und sozialer Güter die bisherigen Wohlfahrtsstaaten der EU in miteinander Lohn- Steuer und Standort - konkurrierende „Wettbewerbsstaaten" zu verwandeln, um sie fit zu machen für das auf 2010 terminierte Ziel, der

---

[7] Vgl. Sozialstaat – Die Wende, in: Capital 15 (2004), 16-32. Norbert Blüm, Nichts geht ohne Solidarität. Der deutsche Sozialstaat auf dem Weg in das 21. Jahrhundert; in: Zeitzeichen 4 (2003) 44-46: „In Zeiten des Ost-West-Gegensatzes hatte der Sozialstaat im Westen einen festeren Platz als heute, denn er war Teil der Legitimationsgrundlage des Westens. Mit dem Wegfall dieses Gegensatzes sind Hemmungen weggebrochen, und die Gefahr ist groß, dass das gesamte Leben verwirtschaftet wird." (hier 46) Entsprechend Heinrich Bedford - Strohm, Sehen, urteilen, handeln, in: aaO., 30 – 33: „Wer sich heute für einen starken Sozialstaat einsetzt, ist in der Defensive. Den nachhaltigen und kostensparenden Umbau der Sozialsysteme zu fordern, ist gegenwärtig die wahrscheinlich sicherste Möglichkeit, in fast allen politischen Lagern Beifall zu finden. Dabei greift eine Lesart um sich, die explizit oder unausgesprochen mit dem Wort ´Umbau` in Wirklichkeit ´Abbau` meint. Insbesondere die sozial schwächeren Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erscheinen dabei häufig als Absahner, die aufgrund ihrer Anspruchshaltung verantwortlich sind für den Niedergang der deutschen Wirtschaft. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Kranke – so diese häufig mit einer kräftigen Dosis Moralin angereicherte Lesart – belasteten die Gemeinschaft so stark, dass eine von überzogenen Sozialkosten belastete Wirtschaft ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt habe." (hier 30) Natürlich muss der Sozialstaat reformiert werden, aber eben nicht nur zu Lasten der Schwachen, sondern auch auf Kosten der Starken, eben auf der Basis des 1997 im „Gemeinsamen Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Bundesrepublik" geforderten neuen Grundkonsenses für Solidarität und Gerechtigkeit. Zu Reformvorschlägen, die weitgehend im Einklang mit diesen beiden Prinzipien sind, vgl. z.B. das Interview mit Franz – Xaver Kaufmann, aaO., 40 – 43 und die Beiträge in: Stephan Hebel/Wolfgang Kessler (Hg.), Zukunft sozial: Wegweiser zu mehr Gerechtigkeit, Frankfurt a.M. (2004).

[8] Ulrich Bröckling u.a. (Hg.), Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a.M. (2000), Vorwort.

[9] aaO., S.16.

[10] Susanne Schunter-Kleemann, Zwischen Welfare und Workfare – Geschlechterspezifische Wirkungen der europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik, in: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt a.M. (Hg.), Europäische Integration als Herausforderung. Rolle und Reform der sozialen Dienste in Europa, (2001), 91-110 (92).

wettbewerbsfähigste, profitabelste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Erde zu werden mit den entsprechend leistungsfähigsten und eigenverantwortlichsten Arbeitskräften und einer überwiegend marktgesteuerten „économie social" als Beschäftigungs- und Niedriglohnsektor geringqualifizierter Menschen. Aus theologischer Sicht könnte dies alles als ein Hybrisprojekt bewertet werden, das den von Reinhold Niebuhr beschriebenen drei Gestalten der Sünde als Stolz der Macht, des Wissens und der Moral noch den Stolz des Profits hinzufügt.[11]

Das Klima der Diffamierung und Verdächtigung und die Veränderung der Hilfeprinzipien und Helferhaltungen in Verbindung mit der seit 1994 immer schneller und konsequenter betriebenen sozialgesetzlichen Abkehr vom Bedarfs- bzw. Selbstkostendeckungsprinzip hin zu vertraglich vereinbarten detaillierten Leistungsentgelten haben Diakonie und Caritas in einen Prozess permanenter Ökonomisierung, Modernisierung, Rationalisierung und Umstrukturierung hineingezwungen, der das christliche Proprium und Profil in Frage stellt und z. T. massiv gefährdet.[12] Wenn gemeinnützige diakonische Stiftungen, Anstalten und Einrichtungen nicht zu rein kommerziellen Pflege- und Sozialwirtschaftsunternehmen mit lediglich evangelisch-protestantischer Vergangenheit werden sollen, sondern mit einem eigenen, unverwechselbaren christlichen Profil als eine „Wesens- und Lebensäußerung der Kirche" (Art.15 GO EKD) im zukünftigen Wettbewerb identisch bestehen bleiben wollen, dann muss intern (neben vielen anderen Fragen) primär intensiv um die Frage nach der evangelisch - protestantischen (= für etwas einstehenden) Qualität, Identität und Spiritualität der Diakonie gerungen werden[13] und extern gesellschaftspolitisch argumentiert und agiert werden.

1. Die Diakonie im Sog der Ökonomisierung[14]

Innerhalb des Prozesses der Ökonomisierung der Diakonie lassen sich folgende - einfach ungewichtet aufgelistete - Entwicklungen beobachten: Hochdotierte Unternehmensberater werden engagiert;[15] Organisations- und Personalentwicklungsmodelle aus der Wirtschaft werden eingeführt; Qualitätsmanagement wird implementiert; Stationen bzw. Abteilungen werden budgetiert und einem differenzierten Finanzcontrolling unterstellt; Kosten sollen minimiert und Synergieeffekte maximiert werden; Abtrennungen von Arbeitsbereichen im Niedriglohnsektor erfolgen; komplexe Hilfehandlungen werden in Teilschritte zerlegt und im Interesse der Leistungs- und Kostentransparenz detailliert EDV-gestützt dokumentiert; Innovationen werden qua Projektmanagement geplant, gesteuert und umgesetzt; geschäftsführende Führungskräfte erhalten im Rahmen zeitlich limitierter Zielvereinbarungen Leistungsprämien; flexible Arbeitszeitmodelle werden eingeführt; in neuen Arbeitsvertragsrichtlinien wird das Entgeltsystem vereinfacht und eine Arbeitsplatz bezogene, leistungsorientierte Vergütung

[11] Vgl. Dorothee Sölle, Gott denken. Einführung in die Theologie, Stuttgart (1990), 81 und Noam Chomsky, Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung, Hamburg 2000 (New York 1999).

[12] Vgl. dazu Horst Seibert, Diakonie und Ökonomie, Impulsreferat bei der Bundeskonferenz der Referenten/-innen für Diakoniestationen am 24.1.2001 in Eisenach (unveröffentlichtes Manuskript).

[13] Ein Thema, dass Johannes Degen schon Mitte der achtziger Jahre angemahnt hat. Degen sprach damals von der sehr großen Gefahr, sich stromlinienförmig als sogenannte „Pflegesatzdiakonie" in das öffentliche Sozialwesen einzufügen und die Christlichkeit der Diakonie auf die letztlich privat bleibende Motivation ihrer Mitarbeiter beschränkt sein zu lassen. Die Qualität einer solchen ´christlichen Wohlfahrtsarbeit` sei in gar keiner Weise anzuzweifeln, nur solle man dann nicht mehr von der Diakonie als einer biblisch-kirchlich bestimmten Größe sprechen", vgl. ders., Diakonie im Widerspruch, München (1985), 89. Vgl. dazu auch H. – Hermann Brandhorst, Kleine Dogmatik der Diakonie, Bethel 1988.

[14] Joachim Weber spricht von der „Diakonie im Sog der Ökonomie", ders., Diakonie in Freiheit?, Bochum (2001), 9.

[15] Wolfgang Thierse: „Die Gurus früherer Jahrhunderte waren die Theologen, ihnen folgten die Philosophen. Die Gurus der 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts waren die Sozialwissenschaftler, aber die Gurus der 90er Jahre und des neuen Jahrhunderts sind die Unternehmensberater." NW vom 3.7.2000.

eingeführt; Arbeitsbereiche werden in sogenannte Geschäftsfelder umdefiniert und mittels Strategieaudits auf ihre künftigen Chancen und Risiken im Markt- und Wettbewerbsumfeld hin analysiert; Rating-Verfahren im Zeichen von „Basel II“ werden entwickelt; enge Trägerkooperationen werden vereinbart; im Krankenhausbereich wird fusioniert; Kooperationen mit gewerblichen Unternehmen werden eingegangen; mehrdimensionale strategische Ziele werden formuliert, spezifiziert und zwischen Vorstand und nach geordneten Leitungsebenen beschlossen; das sozial- und pflegeberufliche Personal wird in betriebswirtschaftlichen Grundkenntnissen und – fertigkeiten fortgebildet etc.

Begrüßenswert an diesem Prozess der betriebswirtschaftlichen Rationalisierung und Modernisierung ist, dass die zum Teil über Jahrzehnte gewachsenen bürokratischen Verkrustungen und Trägheiten aufgebrochen werden und der einst partiell mehr oder weniger sorglose Umgang mit Finanzen und Ressourcen bis fast in den letzten Winkel dem Bemühen um eine verantwortbare Kosten-Nutzen-Relation gewichen ist. Begrüßenswert ist ebenfalls die damit verbundene Wandlung des unverständigen Gegeneinanders von betriebswirtschaftlichen und sozialberuflichen Denkweisen in das Bemühen um gegenseitiges Verstehen und kritischen Dialog zur Erreichung gemeinsamer Ziele, sowie die Einsicht seitens der betriebswirtschaftlich Verantwortlichen in die Notwendigkeit theologisch-diakonischer Qualitätsentwicklung mit dem Ziel der Verwirklichung diakonischer Identität und Werte.[16] Unbestreitbar ist natürlich auch, dass unternehmerisches Denken und Handeln eine wesentliche Grundvoraussetzung für die Diakonie ist, um unter den Rahmenbedingungen einer zunehmend neoliberal orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik zu überleben und eine Zukunft für sich halbwegs zu sichern; vielen Einrichtungen wird das trotzdem nicht gelingen.[17]

Sehr problematisch aber ist, wenn die überlebensnotwendigen Organisations- und Strukturanpassungen der Diakonie an die ökonomische Normativität des Faktischen zum Verlust nahezu jeglicher sozialpolitischen Widerstandskraft gegen den Sozialabbau und die scheinbar alternativlose Ökonomisierung des Sozialen zu führen drohen,[18] und wenn Spitzenmanager der Dia-

[16] So sind z.B. die üblichen Dimensionen der Balanced Score Card (Finanzen, Kunden, Prozesse/Strukturen, Entwicklung) im Mehrdimensionalen Zielsystem (MZS) der v. Bodelschwinghschen Anstalten Bethel u. a. erweitert worden um die Dimension „Diakonische Identität und Werte“. Vgl. dazu Bernward Wolf, Theologische Qualitätsentwicklung in diakonischer Arbeit, in: Diakonie Dokumentation 02/03, 24 – 34.

[17] David Lohmann warnt in seinem Vortrag, Theologie als Effizienzfaktor. Integrierte Organisationsstrukturen für Diakonie-Unternehmen, anlässlich der Tagung „Visionen der Diakonie“ an der EFH Hannover am 26. 3. 2004: „Inzwischen ist die noch relativ komfortable Phase der Konzentration vorbei, in der diakonische Unternehmen noch mit Prozessoptimierungen und Kostenreduktionen ihren Bestand sichern konnten. Der Sozialstaat löst sich auf, das System atomisiert sich. Dringend notwendige Investitionen werden nicht mehr vom Staat übernommen, mit Einführung der DRGs im Krankenhaussektor ist der Anfang gemacht für bundeseinheitliche Pflegesätze auch in anderen Bereichen diakonischer Arbeit, und immer mehr Leistungen werden ganz aus dem Katalog der Kostenübernahme gestrichen. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass von den derzeit noch rd. 100.000 Sozial-Unternehmen in Deutschland bis in ca. 10 Jahren noch rd. 40.000 bestehen werden.“ (unveröffentlichtes Manuskript). Zur gegenwärtigen Finanznot diakonischer Einrichtungen vgl. Diakonie Report 11 (2003). Laut Auskunft des Vizepräsidenten des DW der EKD, Wolfgang Teske, haben in den letzten vier Jahren rund 30 diakonische Träger Anträge auf Insolvenz gestellt; vgl. epd sozial, Nr.1, 7.1.2005, 16.

[18] „Jesu Hilfehandeln ist Gegenwirkung, Gegenmacht. Das ist für mich das erste Kriterium für Diakonie nach Geist und Form: das Kämpferische, Widerständige. Es ist auffällig, dass dieser kämpferische Grundaspekt der Diakonie kaum noch zur Sprache kommt. Wer sich aber immer nur anpasst, verpasst den Geist der Diakonie mit Sicherheit.“ (H. Seibert, aaO., 1.) Auch nach Auffassung des Bochumer Politikwissenschaftlers Ernst-Ulrich Huster hat sich die Diakonie „zu geräuschlos eingefügt in den sozialen Abbauprozess“; so Huster in seinem bislang unveröffentlichten Vortrag, Die Veränderungen der sozialpolitischen Rahmenbedingungen als Herausforderung für die Diakonie, am 29.3.2004 auf der Jahrestagung der „Westfälischen Konferenz theologischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Diakonie“ in Hüllhorst. Der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge sieht allgemein bei der Sozialarbeit einen „resignativen Rückzug aus der Politik“, ders., Die gesellschaftliche Entwicklung und der Sozialstaat, unveröffentlichter

konie und Caritas, Sozialethiker und kirchliche Würdenträger mit einer kritiklosen Übernahme neoliberaler Begründungsmuster und Visionen für notwendige Sozialreformen und Anpassungsprozesse der kirchlichen Wohlfahrtspflege argumentieren.[19] Problematisch ist auch, wenn anglizistisch angereicherte, z.T. ja auch aus dem Bereich des Militärs stammende ökonomische Semantik („strategisch", „operativ", „taktisch", „Stab", „Task Force", „Linie" etc.) innerbetrieblich zur vorherrschenden Sprachform gemacht wird,[20] und wenn die betriebswirtschaftliche Modernisierung besonders bei (den zumeist sozialberuflich ausgebildeten, aber betriebswirtschaftlich autodidaktischen oder kurzzeitfortgebildeten) Führungskräften der mittleren und unteren Ebenen eine Neigung zu neoliberaler Mentalität bewirkt, die die diakonische Sinnhaftigkeit des Hilfehandelns und neuer Hilfeinitiativen und -ideen primär unter betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten reflektiert und bewertet. Weiter ist es auch nicht unproblematisch, wenn große diakonische Einrichtungen sich ohne Verdeutlichung ihres diakonischen Propriums im quasi narzistischen Stil eines wirtschafts- und wettbewerbsorientierten Firmenmarketings als erfolgreiche und expandierende Sozialwirtschaftsunternehmen in den Medien präsentieren.[21] Gerade letzteres sendet missverständliche Signale sowohl in die Richtung der Politik, der verfassten Kirche[22] und ihrer zumeist sehr spendenbereiten, der Diakonie überwiegend wohlgesonnenen MitgliederInnen, als auch nach innen in Richtung der eigenen vielfach verunsicherten und überforderten Mitarbeiterschaft.

Die große Gefahr ist, dass der immer beschleunigtere Sog der Ökonomisierung letztlich den Lebensnerv der Diakonie gefährdet, nämlich die Motivation, die Leistungsbereitschaft und –fähigkeit und das berufliche Selbstverständnis der Mitarbeiterschaft. „Es sind die Mitarbeitenden, die das Proprium der Diakonie, ihre Qualität und ihre Unverwechselbarkeit – den Added Value - prägen. Die fachliche Kompetenz, also die erarbeiteten Fertigkeiten und Fähigkeiten professionellen Handelns sind dazu die Voraussetzungen, ohne die überhaupt keine Qualität zustande kommt. Entscheidend gestaltet wird das Diakonische an dieser Qualität jedoch durch die menschliche Ausstrahlung, Freundlichkeit und Kommunikativität."[23] Deutli-

---

Vortrag auf der Tagung der EFH Hannover zum Thema „Visionen der Diakonie" am 26.3. 2004, 14.

[19] Diesen Eindruck kann man z.B. gewinnen beim Lesen des Artikels, Abschied vom barmherzigen Samariter? von Markus Rückert, Vorsitzender der Geschäftsführung der Augustinum Gruppe und Vorsitzender des Verbandes der Diakonischen Dienstgeber in Deutschland (VdDD), in: epd sozial, 21. November 2003, Nr. 47, 9, ebenso bei dem Artikel der Geschäftsführer der Hamburger Stiftung Alsterdorf, Rolf Baumbach und Wolfgang Kraft, Der Stolz der Senatorin und die Bettpfanne vom Vorstand, in: Orientierung. Fachzeitschrift der Behindertenhilfe, 2 (2004), 40-42, dem Aufsatz von Friedrich Wilhelm Graf, Wie viel Ökonomie verträgt die soziale Arbeit? Zur ethischen Rationalität funktionierender Sozialmärkte, in: Diakonie Jahrbuch 2003, Stuttgart (2003), 73 – 79. Vgl. auch dessen Aufsatz, Der Staat als Garant des Gemeinwohls. Zur Kritik der etatistischen Grundorientierung der kirchlichen Soziallehren und die Neuorientierung theologischer Sozialethik, in: Klaus D. Hildemann (Hg.), Abschied vom Versorgungsstaat? Erneuerung sozialer Verantwortung zwischen Individualisierung, Markt und bürgerschaftlichem Engagement, Mülheim an der Ruhr (2000), 39-54. Zur kritischen Diskussion im Caritasverband vgl. Werner Krämer, Karl Gabriel, Norbert Zöller (Hg.), Neoliberalismus als Leitbild für kirchliche Innovationsprozesse? Arbeitgeberin Kirche unter Marktdruck, Münster (2000). Zu den neoliberalen Implikationen des Impulstextes der katholischen deutschen Bischöfe „Das Soziale neu denken" vgl. Michael Opielka, Die Furcht zu irren. Das Sozialwort der österreichischen Kirchen und der Impulstext der katholischen deutschen Bischöfe, in: zeitzeichen, 2 (2004), 55 – 57.

[20] Nach J. Weber wird ökonomische Rhetorik zum Synonym für die Modernität diakonischer Institutionen, aaO., 9.

[21] Zur Kritik eines „narzisstischen Leitbildes" kirchlicher Veränderungsprozesse vgl. Martin Weimer, Zur Psychodynamik von Veränderungsprozessen in kirchlichen Organisationen, in: Nordelbische Stimmen, Januar 2001, 16.

[22] Laut Reimer Gronemeyer, werden Diakonie und Caritas gegenwärtig so modern, „dass sich die Kirchen längst fragen müssten, was sie mit diesen Dienstleistungs-Händlern eigentlich noch zu tun haben", ders., Wozu noch Kirche, Berlin (1995), 167.

[23] Steffen Fleßa, Barbara Städtler-Mach, Konkurs der Nächstenliebe? Diakonie zwischen Auftrag und Wirtschaftlichkeit, Göttingen (2002), 105.

cher gesagt, Diakonie will doch mehr anbieten als pure professionelle Dienstleistung; sie will doch eine diakonische Dienstleistung anbieten, die zusätzlich „Theologischen Nutzen“ beim Kunden stiftet: „Eine diakonische Dienstleistung, die vom Kunden nicht als solche wahrgenommen wird, ist faktisch keine diakonische Leistung. Ein Diakonie-Unternehmen, das keinen Theologischen Nutzen beim Kunden stiftet, d.h. die Erfahrung, dass dieser Mensch sich von Gott und der Gemeinde so angenommen fühlen kann, wie er in seiner spezifischen Lebenssituation vorgefunden wird, mag zwar durchaus den allgemeinen Qualitätsstandards der Kostenträger entsprechen, es ist aber keine Diakonie.“[24] Wenn aber z.B. der an der Basis signifikant erhöhte Verwaltungsaufwand bzw. der von den Kostenträgern geforderte detaillierte Leistungsnachweis Schätzungen zufolge teilweise bis zu über 30% der Pflege- und Betreuungszeit einnimmt,[25] dann kann dieser „Added Value“ bzw. „Theologische Nutzen“ besonders auf der Ebene der realen Pflege oft nur noch durch zusätzliche Belastung der MitarbeiterInnen bzw. durch eine Art diakonischer Selbstausbeutung gewährleistet werden.[26]

2. Die Mitarbeiterkrise des Sozialen

Die Finanz-, Organisations-, Krisenmanagements- und Orientierungskrisen der Kirche[27] gelten zum Teil auch für die Diakonie. Teilt die Diakonie auch die Mitarbeiterkrise der Kirche? Eine primär aus der Finanzkrise der Träger resultierende gefährdete oder sinkende Mitarbeiterzufriedenheit in der Diakonie erscheint durchaus wahrscheinlich. Besonders in den pflegeintensiven Bereichen kann die Stimmung der BasismitarbeiterInnen vielfach als unzufrieden wahrgenommen werden. Die aufwändige Dokumentationspflicht, die Ausgabenkontrollen, die Qualitätszirkelsitzungen etc. werden als zeit- und energieraubend empfunden, es bleibe zu wenig Zeit für die Hilfe am Menschen, die Qualität der eigentlichen Arbeit leide, die finanziellen Spielräume würden immer enger, die Personalschlüssel seien zu knapp berechnet, der Dienstaufwand werde immer dichter, die Veränderungen würden immer mehr beschleunigt, die ebenfalls gestressten Vorgesetzten zeigten zu wenig Wertschätzung für die Arbeitsleis-

---

[24] D.Lohmann, aaO., 5.

[25] Ursula Mybes, Optimierungspotentiale der Pflegedokumentation, in: Pflege Aktuell 2 (2005), 86-90: „Der Verlust von Pflege- und Betreuungszeit wird vielfach konkret beziffert. Der Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe e.V. (VDAB) und die Autor(en)/-innen einer kleinen Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gehen davon aus, dass nur 60 bis 62 Prozent der Arbeitszeit von Pflegenden tatsächlich für die Pflege und Betreuung aufgewandt werden können, 38 bis 40 Prozent würden für ´Verwaltungsaufgaben` verwandt …Die Bundesfamilienministerin Renate Schmidt geht von 35 Prozent Bürokratieaufwand der Pflegenden aus. … Zu völlig anderen Werten kommt eine Studie der Universität Dortmund; sie wurde in 27 Pflegeheimen bei 731 Bewohner(n)/-innen durchgeführt. Dabei wurden Zeitaufwendungen für die direkte und indirekte Pflege nicht geschätzt, sondern gemessen. Für die Pflegedokumentation wurden in den untersuchten Heimen durchschnittlich sieben Minuten je Bewohner/-in und Tag aufgewandt. Die Pflegedokumentation machte rund fünf Prozent des gesamten Leistungsgeschehens aus.“ (aaO., 89f.). Der Unterschied zwischen dem tatsächlichen und dem „gefühlten“ Verwaltungsaufwand in der Pflege sollte weiter erforscht werden. Insgesamt aber gilt Klaus-Dieter Tichys Einwand gegen das „von Außen aufgezwungene Maß an Bürokratisierung“ zu Recht: „Wir erleben dermaßen komplizierte und aufwändige Anforderungen von Seiten des Gesetzgebers, der Verwaltungen, der Öffentlichkeit und unserer Kunden, dass nur noch Rechtssicherheit besitzt, wer seine Zeit mit der beweiskräftigen Dokumentation von Gesprächen, Vereinbarungen und Klauseln und schließlich auch der Dokumentation verbringt, statt sie in das eigentliche Geschehen am Menschen einbringen zu können. Was kommt eigentlich an bei den pflegebedürftigen Menschen von je 100 Euro, die ausgegeben werden? Was bleibt unterwegs auf der Strecke für Überwachung und Administration auf allen Seiten?“ Ders., Plädoyer für diakonisches Unternehmertum, bislang unveröffentlichter Vortrag am 30.3.2004 auf der Jahrestagung der „Westfälischen Konferenz theologischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Diakonie“ in Hüllhorst.

[26] „Man bezahlt für die Reste von Humanität vielerorts mit einem Stück eigenen Lebens, eigener Zeit. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Gesetzgeber und Kassen, aber auch die Kirchen, mit dieser Selbstausbeutungsmentalität kalkulieren.“ (H. Seibert, aaO., 8).

[27] Vgl. Wolfgang Huber, Kirche in der Zeitenwende. Gesellschaftlicher Wandel und Erneuerung der Kirche, Gütersloh (1998),.223-234.

tung ihrer MitarbeiterInnen, Angst um den eigenen Arbeitsplatz greife um sich, etc.; dies sind Formulierungen, die zur Zeit in der Diakonie immer häufiger zu hören sind. Zahlreiche Untersuchungen belegen jedenfalls insgesamt eine Mitarbeiterkrise in den sozialen und pflegerischen Arbeitsfeldern in Deutschland.[28] Erschreckend sind die Ergebnisse einer Umfrage des Intercom Omega-Instituts vom Sommer 2002. Im Auftrag des Internationalen Bundes für Sozialarbeit (IB), einem säkularen Non-Profit-Träger, der in 700 Einrichtungen damals bundesweit 12.000 MitarbeiterInnen beschäftigte, befragte das Institut 652 IB-MitarbeiterInnen (ausschließlich Sozialarbeiter, Erzieherinnen und Pflegekräfte) nach ihrer Arbeitszufriedenheit.[29] Das Ergebnis war eindeutig: „Je länger die Mitarbeiter beim IB beschäftigt waren, umso häufiger erlebten sie ihre Arbeitssituation als ´bedrückend` oder sogar als ´hoffnungslos`. 45 Prozent der Befragten, die erst bis zu einem Jahr beim IB sind, fanden ihre Arbeitssituation bedrückend, bei Beschäftigten mit zehn Jahren beim IB und mehr sagten dies sogar über 60 Prozent. Die Befragten erklärten, es belaste sie, dass sie keine Anerkennung erführen oder sich in Stich gelassen fühlten. Etwa die Hälfte derer, die mit ihrer Arbeitssituation unzufrieden waren, klagten über Ungerechtigkeit und Unaufrichtigkeit der Vorgesetzten sowie schlechte Zusammenarbeit. 47 Prozent derer, die ihre Arbeitssituation als ´bedrückend` empfinden, fühlten sich von Vorgesetzten nicht respektiert. Auch das Klima unter den IB-Beschäftigten ist der Umfrage zufolge nicht das Beste. Etwa 45 Prozent der Befragten empfanden vor allem die ´Machtkämpfe` am Arbeitsplatz als belastend, genannt werden außerdem Probleme bei der Zusammenarbeit, Neid und ´dumme Sprüche`.“[30]

Könnten diese und andere bislang durchgeführte Umfragen besonders beim Pflegepersonal diakonischer Träger im Großen und Ganzen möglicherweise zu einem ähnlichen Ergebnis führen?[31] Jedenfalls hat Rolf Engels, Mitglied des Vorstandes der v. Bodelschwinghschen Anstalten Bethel, die ebenfalls ca. 12.000 MitarbeiterInnen beschäftigen, in einem im Dezember 2002 geführten Interview vor einer „dramatischen“ Personalsituation in diakonischen

[28] Vgl. dazu Anm.30.

[29] Vgl. epd sozial, Nr. 47, 6. Dezember 2002, 1-4.

[30] AaO., 3.

[31] Laut einer von den Wuppertaler Wissenschaftlern Hans-Martin Hasselhorn und Bernd Hans Müller durchgeführten europaweiten Vergleichsstudie erwägt jeder fünfte der 3.565 in 75 Einrichtungen in Deutschland befragten Beschäftigten in der Pflege, den Beruf zu verlassen. „Als Hauptgründe für Überlegungen, aus der Pflege auszusteigen, nannten die Befragten in der Bundesrepublik Unvereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Unzufriedenheit mit dem Arbeitsklima.“ epd sozial, Nr. 41, 10. Oktober 2003, 4. 90 von 100 Altenpflegekräften, die von der Bonner Forscherin Christina Dymarczyk befragt worden sind, fühlen sich „in ihrem Beruf überlastet und überfordert: Chronischer Personalmangel und daraus resultierende Zeitnot bei der Arbeit wurden dabei – neben der körperlichen Belastung – als Hauptursachen genannt. Kritisiert wurde aber auch der erhöhte Dokumentationsaufwand, der die Betreuuungszeit für die Bewohner noch weiter schrumpfen lasse.“ epd-Wochenspiegel 3/2004, 16. Der wachsende Druck und die schlechter werdenden Arbeitsbedingungen führen dazu, dass in Altenheimen fast jeder fünfte Mitarbeiter gemobbt wird, so das Ergebnis einer Studie des Aachener Caritasverbandes, und laut der Repräsentativstudie „Der Mobbing-Report“, die im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums im Jahr 2002 vorgelegt wurde, „wird in sozialen Berufen fast dreimal häufiger gemobbt als anderswo“ (epd sozial, Nr.28, 9.7.2004). Der „Fehlzeiten-Report 2004“ des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) kommt zu dem Ergebnis, dass die Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen überdurchschnittlich oft krank sind. „Insbesondere in Altenheimen lag der Krankenstand im Jahr 2003 mit 5,8% deutlich über dem Branchendurchschnitt von 4,9%.“ (epd sozial, Nr.50, 10.12.2004, 3) „Der Gesundheitswissenschaftler Bernhard Badura von der Universität Bielefeld, der ebenfalls zu den Herausgebern der Studie gehört, erklärte, der künftig steigende Bedarf an Pflegekräften könne nur gedeckt werden, wenn die Arbeitsbedingungen so verbessert würden, dass die Beschäftigten langfristig motiviert und gesund blieben. Viele Belastungen resultierten aus der Arbeitsorganisation. Die Pflegekräfte seien mit Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben so überlastet, dass sie die Pflege nur noch unter Zeitdruck erledigen könnten. Man müsse sie durch gezielte Arbeitsteilung von fachfremden Tätigkeiten entlasten, etwa durch Assistenten für die Dokumentation.“ (aaO.). Zur NEXT-Studie, die die Fragestellung des vorzeitigen Berufsausstiegs von Pflegepersonal auf nationaler und europäischer Ebene longitudinal untersucht, vgl. Zukunft sichern – Zukunft gestalten, in: Pflege Aktuell 2 (2005), 99-102.

Einrichtungen gewarnt und die Träger dazu aufgefordert, sich als Arbeitgeber „attraktiver“ zu machen: „Wer sagt, ´Jeder Mensch wird von Gott geliebt`, kann nicht die Arbeitsleistung der Mitarbeiter ausquetschen bis zum Gehtnichtmehr.“[32] Die Gesamtergebnisse der im Sommer 2004 durchgeführten detaillierten ersten Befragung von MitarbeiterInnen in ostwestfälischen Einrichtungen der v.Bodelschwinghschen Anstalten sind entgegen dem Trend überwiegend positiv: 83% urteilten, sie würden von ihren Vorgesetzten mit Respekt behandelt, 81% bewerteten positiv, dass ihre Vorgesetzten ihnen Aufgaben zur selbstständigen Erledigung mit Entscheidungsbefugnissen und Verantwortung übertragen, 69% beurteilten das Betriebsklima im Team als gut, 82% gaben an, mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag für eine menschliche und soziale Gesellschaft zu leisten, 69% bewerteten die Qualität der in Bethel erbrachten Dienstleistungen mit gut bis sehr gut, und 79% gaben an, wenn sie noch einmal vor der Wahl stünden, würden sie Bethel wieder als Arbeitgeber wählen. Aber die Arbeitsbelastung wird hoch eingeschätzt, so fühlen sich 46% der Befragten oftmals durch die Arbeit ausgelaugt und erschöpft. Im Blick auf die Gesamtheit der diakonischen Träger und im Blick auf die Zukunft ist die Mahnung von R. Engels berechtigt. Aber was meint seine Forderung, sich als Arbeitgeber „attraktiver“ zu machen?

Die Klagen von MitarbeiterInnen, die ihre Arbeitssituation als „bedrückend“ empfinden, beziehen sich nach der Zwei-Faktoren-Theorie von Herzberg[33] wahrscheinlich zumeist auf die sogenannten extrinsischen Hygienefaktoren. Diese bestehen aus den allgemeinen Arbeitsbedingungen, wie Beziehung zu den KollegInnen und Vorgesetzten, Arbeitsplatzsicherheit, Entlohnung und Firmenpolitik. Eine positive Situation und Bewertung dieser Hygienefaktoren würde zwar eine Arbeitsunzufriedenheit verhindern, jedoch noch keine Arbeitszufriedenheit gewährleisten. Erst eine zusätzliche positive Situation und Bewertung der sogenannten Zufriedenmacher, also der intrinsischen Motivationsfaktoren wie Sinnhaftigkeit, Verantwortung und Anerkennung der Kerntätigkeiten, gewährleistet Arbeitszufriedenheit. Da die meisten MitarbeiterInnen in der pflegerischen und sozialen Arbeit und gerade diejenigen, die bei konfessionellen Trägern arbeiten, ihren Beruf nicht aus erwerbsnotwendiger Verlegenheit oder Gelegenheit erlernt haben und ausüben, sondern intentional aus fachlichem Interesse, aus einem humanitären Hilfeleistungsbedürfnis und aus religiöser Berufung,[34] ist die Erhaltung und Pflege der intrinsischen Motivationsfaktoren mindestens so wichtig wie die Verbesserung der extrinsischen Hygienefaktoren. Wird die Arbeitssituation als „hoffnungslos“ empfunden, so scheint vermutlich besonders die intrinsische Motivation grundlegend gefährdet bzw. ausgebrannt zu sein.

---

[32] epd sozial, Nr. 47, 6. Dezember 2002, 5.

[33] The motivation to work, New York (1959), dargestellt in G.Wiswede, Motivation und Arbeitsverhalten. Organisationspsychologische und industriesoziologische Aspekte der Arbeitswelt, München (198o).

[34] Dies belegt z.B. eine schriftliche Befragung von 168 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unterschiedlichen sozialen und diakonischen Einrichtungen durch den ehemligen Personalleiter der Westfälischen Diakonenanstalt Nazareth, Jürgen Steinbrück, Von der Fürsorge zur Leistung? Neue Personal- (entwicklungs) konzepte in der Sozialen Arbeit – am Beispiel der Diakonie, Mainz (2001), 153 – 170. Danach haben 30,3 % ihr berufliches Selbstverständnis als „Fachlich professionelle Arbeit mit Menschen“ benannt, 22 % als „Konkrete Hilfe von Person zu Person“, 11% als Berufung und lediglich 6,4% als „´Normale Arbeit` um Geld zu verdienen“. Als Gründe für die Berufswahl haben 46,4 % der Befragten „mit Menschen arbeiten“ und 30,4 % „soziale Arbeit als christlicher Auftrag“ genannt. Die hohe Nennung dieser „allgemein humanistische(n) Motivation und christliche(n) Motivation legt nahe, dass viele MitarbeiterInnen ihren Auftrag ´intrinsisch`, von innen kommend, motiviert formulieren.“ (aaO., 161) Darin sieht Steinbrück aber auch ein deutliches Signal, „wie gefährdet die Motivation sein kann, wenn MitarbeiterInnen sich in der Durchführung ihrer Arbeit, in bezug auf diese beiden Werte, nicht mehr wiedererkennen können. In letzter Zeit hört man zunehmend MitarbeiterInnen darüber klagen, dass ihnen Zeit genommen wird, die sie benötigen, um diese Werte leben und praktizieren zu können. Sollte der Zeitdruck diese Erlebensdimension nicht mehr ermöglichen, lässt sich eine schnelle Abnahme der Zufriedenheit diagnostizieren.“ (aaO., 162).

Die finanziellen Möglichkeiten, den Bereich der extrinsischen Hygienefaktoren nachhaltig zu verbessern, sind und bleiben sehr eingeschränkt, kostenneutral ist jedoch die den Bereich der intrinsischen Motivationsfaktoren tangierende innerbetriebliche Anerkennung der Person der MitarbeiterInnen und ihrer Leistung. Kostenneutral ist auch der von der Mitarbeiterschaft erwartete sozialpolitische Widerstand von Vorständen und Verbandsfunktionären gegen weitere finanzielle Deckelungen und Kürzungen. Nicht kostenneutral, sondern notfalls aus Rücklagen und Spenden zu finanzieren, ist die Erhaltung und Revitalisierung der intrinsischen Motivation der MitarbeiterInnen, und das ist auch, aber nicht nur, die von R. Engels geforderte Profilierung der ethischen Dimension diakonischer Fachlichkeit. Notwendig ist eine theologisch-diakonische Mitarbeiterpflege, um die Identität und Spiritualität diakonischer Arbeit zu beleben, zu fördern und zu sichern; eine – traditionell formuliert – „innere (Selbst)Mission" der Diakonie bzw. – mit aktueller Begrifflichkeit gesagt – ein spirituelles Empowerment. Dafür könnten hilfreich sein: theologisch-diakonische Aus- und Fortbildungen,[35] Meditationsseminare, Rüstzeiten, Bibliodramaseminare, Andachten und Gottesdienste, Alltags- und Vergewisserungsrituale, Feste und Feiern, Seelsorge, Räume und Zeiten, in denen offen und aufrichtig über den Sinn des Lebens und der Arbeit, über Gott und Mensch, über Glaube und Zweifel, Ängste, Leiden, Hoffnungen, Sehnsüchte und Verheißungen gesprochen werden kann.[36] Es reicht wahrscheinlich nicht, mit MitarbeiterInnenbeteiligung Leitbilder zu entwickeln und dabei immer wieder die Krise als Chance zu interpretieren. Das ändert wenig an dem Eindruck, „dass die klassischen Kategorien, mit denen diakonisches Handeln beschrieben wird, bei den Mitarbeitern an der Hilfebasis kaum Aufnahme finden – und zwar auch bei denen nicht, die ihr Handeln durchaus christlich-diakonisch verstehen wollen. Das diakonische Handeln an der Basis wiederum droht sprachlos zu werden in Bezug auf seinen theologischen Gehalt."[37] Nur für 23% der befragten MitarbeiterInnen der v.BA Bethel ist im Arbeitsfeld diakonische Identität bzw. das christliche Selbstverständnis des Trägers spürbar und prägend.

3. Diakonie als Teilnahme am „Leiden Gottes im weltlichen Leben" (D. Bonhoeffer)

Es ist gut, wenn in Leitungsetagen diakonischer Einrichtungen sich „die Frage nach den geistlichen Grundlagen der eigenen Arbeit" neu zu Wort meldet.[38] Darüber hinaus gilt aber auch: „In der alltäglichen Pflege, in der Begleitung an Lebensgrenzen, in den Überforderungsängsten der Mitarbeiterschaft wird die Suche nach tragender Spiritualität gestellt. Hier muss sich das Thema bewähren."[39] Führungskräfte und BasismitarbeiterInnen brauchen gleichermaßen eine theologisch-diakonische Vergewisserung der biblischen Grundlagen diakonischer Identität und Spiritualität, nur dann macht die geplante und umstrittene, rechtlich wahrscheinlich notwendige Einführung einer „Loyalitätsrichtlinie" in den diakonischen Einrichtungen theologisch Sinn.[40] „Diakonie hat es ihrem Wesen nach mit den Schattenseiten des Lebens, mit

---

[35] Im Sinne des Arbeitspapiers des VEDD, „Bildungswege im Diakonat", 1V/001.

[36] M.E. nach bietet besonders die vitale, kreative und methodenintegrative bibliodramatische Auseinandersetzung mit biblischen Texten, der eigenen Lebensgeschichte und beruflichen Situation den MitarbeiterInnen der Diakonie ein unvergleichliches Angebot für Seelsorge, Stärkung und Vergewisserung im Glauben, vgl. dazu H.- Hermann Brandhorst, Textorientierung und Gesellschaftsbezug im religions- und gemeindepädagogisch orientierten Bibliodrama, in: Else Natalie Warns/Heinrich Fallner, Bibliodrama als Prozess, Bielefeld (1994), 151 – 173.

[37] Joachim Weber, aaO., 10f.

[38] Michael Schibilsky, Spiritualität in der Diakonie. Annäherungen aus dem Alltag, in: ders./Beate Hofmann (Hg.), Spiritualität in der Diakonie. Anstöße zur Erneuerung christlicher Kernkompetenz, Stuttgart (2001), 7-26, hier 7. Der Sammelband bietet eine sehr informative Einführung in die aktuelle Diskussion um die Spiritualität und Identität der Diakonie.

[39] AaO., 8.

[40] Zum Entwurf (18.2.2002) einer „Richtlinie des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland nach Art. 9 Buchst. B Grundordnung über die Anforderungen der privatrechtlichen beruflichen Mitarbeit in der

Dunkelheit und unergründlichen Nöten zu tun."[41] Darum ist es unerlässlich, in allen Arbeitsfeldern der Diakonie immer wieder daran zu erinnern,[42] dass

- die Grundlage des biblischen Menschenbildes der Glaube an die „Gottesebenbildlichkeit" des Menschen ist. Jedes menschliche Leben ist ausnahmslos, unbedingt und uneingeschränkt „auf seine Art göttliches Leben und muss als solches erfahren und geachtet werden."[43] Es gibt demnach kein „lebensunwertes" Leben, wohl aber lebensunwürdige Verhältnisse und Bedingungen;

- die biblische „Rede vom Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, der auch der Gott Jesu ist, Ausdruck eines ´schwachen`, eines verletzbaren, eines empathischen Monotheismus (ist), sie ist in ihrem Kern eine leidempfindliche Gottesrede", empfindlich für eigenes und fremdes Leid;[44]

- Jesu erster Blick nicht „der Sünde der anderen, sondern dem Leid der anderen" galt. „(Die Sünde war ihm vor allem Verweigerung der Teilnahme am Leid der anderen, war ihm Weigerung, über den dunklen Horizont der eigenen Leidensgeschichte hinaus zu denken...)";[45]

- vom Gott Jesu reden heißt, unbedingt „fremdes Leiden zur Sprache bringen und versäumte Verantwortung, verweigerte Solidarität beklagen;"[46]

- die Präsenz des im Leid und Kreuz offen- und erkennbar gewordenen Gottes Jesu verborgen ist in der Gegenwart der Leidenden und Hilflosen; „sie sind Sakramente, sie sind Realpräsenzen Gottes";[47] Menschenbegegnung und Gottesbegegnung, Menschendienst und Gottesdienst, Menschenerkenntnis und Gotteserkenntnis gehören hier untrennbar und Heils entscheidend zusammen;

- das Handeln mit und an (oft auch schwierigen, eigensinnigen, sperrigen, widerständigen, ja feindseligen) hilfsbedürftigen und leidenden Menschen folglich „sakramentale Würde und deshalb in der kirchlichen Beurteilung einen nicht zu überbietenden Wert"

Evangelischen Kirche in Deutschland und Ihres Diakonischen Werkes" vgl. epd-Dokumentation, Nr.35, 17.8.2004 u. Diakonie Report 1 (2005), 26-28. In § 2,2 des Richtlinienentwurfs wird die Verpflichtung formuliert, dass die Anstellungsträger ihre Mitarbeiter „mit den christlichen Grundsätzen ihrer Arbeit und den daraus resultierenden beruflichen Anforderungen" vertraut machen müssen. „Sie fördern die Fort- und Weiterbildung zu Themen des Glaubens und des christlichen Menschenbildes." epd-Dokumentation, aaO., 27.

[41] M. Schibilsky, aaO., 14.

[42] Diese Erinnerungs- oder Verkündigungsarbeit ist nicht nur Aufgabe der TheologInnen in der Diakonie, sondern gerade auch der DiakonInnen und Diakonissen, denn dies ist – unabhängig von ihrer dienstlichen Stellung – ihre geistliche „Führungsaufgabe" gegenüber ihren MitarbeiterInnen.

[43] Jürgen Moltmann, Diakonie im Horizont des Reiches Gottes. Schritte zum Diakonentum aller Gläubigen, Neukirchen-Vluyn (1984), 66.

[44] Johann Baptist Metz, Compassion. Zu einem Weltprogramm des Christentums im Zeitalter des Pluralismus der Religionen und Kulturen, in: ders., Lothar Kuld, Adolf Weisbrod (Hg.), Compassion. Weltprogramm des Christentums. Soziale Verantwortung lernen, Freiburg im Breisgau (2000), 9-18, hier 10.

[45] AaO., 11.

[46] AaO., 12.

[47] Fulbert Steffensky, Spiritualität und soziales Handeln. Geschichten zur Vergegenwärtigung der Erinnerung, in: B. Hofmann, M. Schibilsky (Hg.), aaO., 73 – 88, hier 76. „´Herr, wann sahen wir dich hungrig oder durstig oder fremd oder nackt oder im Gefängnis?` (Matth 25). Die Menschen vergeben Gott viel. Nur schwer aber verzeihen wir ihm, dass er sich in unseren eigenen Masken und Schicksalen in der Welt herumtreibt, als Heimatloser, als Fremder, als Geschlagener, als einer, der unsere Tränen weint und unseren Tod stirbt. Und doch steht es so geschrieben, dass er in Christus seinen Glanz, seinen Namen verloren hat und unseren Namen angenommen hat, den Namen der geschändeten Frau, des geschlagenen Kindes und des verjagten Fremden. Und so ist die erste Stelle unserer spirituellen Aufmerksamkeit der in diese Welt versunkene Christus." aaO., 75.

hat;[48]Nächstenliebe bzw. Mitleidenschaft und Hilfehandeln gegenüber dem Anderen, dem Fremden, dem Feindlichen sind eben nicht eine in der genetischen Ausstattung des Menschen verankerte Selbstverständlichkeit, sondern eine mühsam erlernte, immer wieder angefochtene und gefährdete Ausdrucksform u.a. christlicher Spiritualität;

- die durch den Glauben an die Menschenliebe Gottes berechtigte Selbstliebe Voraussetzung, „Maß und Kraft der Nächstenliebe“ ist;[49] die Selbstachtung und Selbstsorge Voraussetzung, Maß und Kraft des Respekts und der Fürsorge gegenüber dem Nächsten ist;

- die diakonische Arbeit – ob in alltäglicher, gemeindlicher oder institutioneller Gestalt – mit all ihrer chaotischen „Fülle der Aufgaben, Fragen, Erfolge und Misserfolge, Erfahrungen und Ratlosigkeiten“[50] folglich Gottesdienst im Alltag der Welt ist und frei von „falschen religiösen Bindungen und Hemmungen“ teilnimmt am Plausibilität, Sinn, Identität, Lebensfülle und Lebensfreude, Befreiung und Heil stiftenden „Leiden Gottes im weltlichen Leben“ (D. Bonhoeffer);[51]

- somit auch den diakonischen MitarbeiterInnen die Verheißungen des Segens und der Gegenwart Gottes gelten, die im Jesajabuch formuliert sind: „Wenn du dem Hungrigen dein Brot brichst und die Obdachlosen ins Haus führst, wenn du den Nackten kleidest und dich deinem Fleisch und Blut nicht entziehst, dann wird dein Licht hervorbrechen wie die Morgenröte, und deine Heilung wird schnell voranschreiten; dann wirst du rufen und der Herr wird sagen: Siehe, hier bin ich. Wenn du in deiner Mitte niemanden unterjochst und nicht mit Fingern zeigst und nicht übel redest, sondern den Hungrigen dein Herz finden lässt und den Elenden sättigst, dann wird dein Licht in der Finsternis aufgehen, und dein Dunkel wird sein wie der Mittag. Wenn du dies alles tust, dann wird der Herr dich immerdar führen und dich sättigen in der Dürre und dein Gebein stärken, dann wirst du sein wie ein bewässerter Garten und wie eine Wasserquelle, der es nie an Wasser fehlt. Und es soll durch dich wieder aufgebaut werden, was lange wüst gelegen hat, und du wirst wieder aufrichten, was vorzeiten gegründet ward; und du sollst heißen ´Der die Lücken zumauert und die Wege ausbessert, dass man da wohnen könne`.“ (Jesaja 58, 6-11)

Wenn MitarbeiterInnen in der Diakonie oder Caritas im Vertrauen auf diese Verheißungen und im Vertrauen auf die theologische Sinnhaftigkeit und Weisheit der o.g. diakonischen Kernpunkte christlicher Spiritualität ihre Arbeit tun, dann sind sie einerseits nachweislich „weniger anfällig für Burnout“[52], im Sinne Martin Luthers[53] tapferer und getrösteter ange-

[48] Martin Zentgraf, Notae Diakoniae – oder: Die Kennzeichen der Diakonie, in: Deutsches Pfarrerblatt, 2/2004, 67-70, hier 68.

[49] J. Moltmann, aaO., 54. „Gott liebt uns, darum sollen wir uns selbst lieben. Aber das ist noch zu allgemein: Gott liebt jeden von uns so, wie er ist, nicht anders, sondern so, wie er da ist, und darum können auch wir das lieben, was Gott liebt: uns selbst.“ aaO., 60.

[50] Dietrich Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, München (1977), 402

[51] AaO., 395f. „Die Wahrheit des Evangeliums besteht nicht in religiösen, spekulativen oder metaphysischen Aussagen, sondern in seiner Fähigkeit, das Durcheinander der widersprüchlichen Erfahrungen des Alltags zu deuten und ihm einen plausiblen Sinn zu geben. Der Mensch lebt in der Verheißung der Glückseligkeit, wenn seine persönliche Geschichte ihre Kohärenz von einem Deutungsangebot bekommt, das ein Verständnis der Diskontunitäten und der Krisen des Lebens ermöglicht, und wenn er die Gnade empfängt, mit sich selbst und mit den anderen frei und verantwortlich umgehen zu können.“ So Martin Stiewe und Francois Vouga bei ihrem Referat über „Das Evangelium im alltäglichen Leben“ Anfang 2003 im Rahmen eines privaten Gesprächskreises.

[52] Cary Cherniss, Jenseits von Burnout und Praxisschock. Hilfen für Menschen in lehrenden, helfenden und beratenden Berufen, Weinheim/Basel (1999), 207. „Burnout ist eine Antwort auf Stress, aber die Wurzel ist nicht der Stress (oder das Leiden). Die Wurzel ist das Fehlen eines Sinns für das Leiden (oder den Stress)…“ aaO., 205.

sichts der eigenen professionellen Grenzen und menschlichen Versagungen im beruflichen Alltag, sowie selbstbewusster und widerspruchsfähiger gegenüber der deutlich geringer gewordenen gesellschaftlichen Wertschätzung ihrer Arbeit. Und andererseits ist der „Added Value" dann nicht nur „Freundlichkeit und Kommunikativität", sondern Verkündigung des Evangeliums durch heilsame Zuwendung; dann ereignet sich bei aller Refinanzierungsnot die „Umsonstheit" (Francois Vouga) der barmherzigen Liebe Gottes „in, mit und unter" dem sozial-pflegerischen Handeln,[54] bzw. dann wirkt die „Anti-Ökonomie der Gnade Gottes".[55] Der hilfsbedürftige und leidende Nächste, gerade auch der im kleinbürgerlichen Leben gescheiterte, süchtig und wohnungslos gewordene, erfährt – religionslos formuliert - den im „Zeitalter der Ungleichheit" so selten gewordenen „Respekt" (Richard Sennett)[56] bzw. bekommt eine „Asylstätte … an der er sich absolut akzeptiert fühlen darf" (Eugen Drewermann).[57]

Um den Verheißungen des Jesajabuches glauben und vertrauen zu können, um im Gespräch, in Stille und Gebet sich dieses Segens der eigenen Arbeit vergewissern zu können, bedarf es allerdings – so der Frühjahr 2005 verstorbene Theologe und Diakoniewissenschaftler Michael Schibilsky, der u.a. Vizepräses der EKD-Synode und Mitglied des Verwaltungsrates der v.Bodelschwinghschen Anstalten Bethel war - des Sabbats, der Muße, der schöpferischen Pause, der Freizeit, des Abstandes, des Ausruhens, und er fordert: „Es muss ein Widerstandswissen wachsen, wenn gegen diese Anfordernisse nachhaltig und ausdauernd (z.B. durch Refinanzierungsnot bedingte weitere Senkung der Personalschlüssel, der Fachkraftquoten, unangemessene Erhöhung der bisherigen tariflichen Wochenarbeitszeit, weiter steigende Arbeitsverdichtung etc., der Vf.)[58] verstoßen wird. Die Kostenträger müssten hier mit der Konfliktbereitschaft und Kampagnenfähigkeit von Diakonie, Caritas und Kirche rechnen und nicht mit vorauseilender Willfährigkeit."[59] Wenn weitere einseitige Sparmaßnahmen im Sozialbereich zu Lasten der untersten, unter prekären Bedingungen lebenden oder von Prekariät bedrohten 10 - 20% der Bevölkerung verhindert werden sollen – und zu dieser Bevölkerungsgruppe gehören bereits sehr viele der überwiegend weiblichen MitarbeiterInnen von Caritas und Diakonie[60] - dann kann das wahrscheinlich nur durch „politischen Druck, außerparlamentarische

---

[53] „Sündige tapfer, aber glaube und freue dich in Christo um so tapferer!"

[54] „Luthers Beschreibung, dass ´in, mit und unter` Hostie und Wein der Leib und das Blut Christi gegenwärtig ist, lässt sich auch für ein profiliertes Verständnis diakonischen Handelns entfalten: ´In, mit und unter` pflegender und helfender Tätigkeit entsteht diakonisches Handeln, wenn es unter der Voraussetzung des Wortes Gottes geschieht, d.h. wenn es von einer Kommunikation begleitet ist, deren Prägung im biblischen Auftrag begründet ist." (M. Zentgraf, aaO., 68.)

[55] Wolfgang Nethöfel, Diakonie im Unternehmen Kirche, in: Udo Krolzik (Hg.), Zukunft der Diakonie. Zwischen Kontinuität und Neubeginn, Bielefeld (1998), 21-36, hier 24.

[56] Ders., Respekt im Zeitalter der Ungleichheit, Berlin (2002). Sennett hat anhand der großen sozialen Ungleichheit in der us-amerikanischen Gesellschaft die Möglichkeiten, Bedingungen und Hindernisse von Selbstachtung und gegenseitigem Respekt untersucht.

[57] „Wo man ihn nicht fragt: was hast du gemacht, was kann ich mit dir machen, wozu bist du nützlich? Sondern: Wer bist du als Mensch, was hat man mit dir gemacht, ehe du so wurdest, was geht in dir vor? Solche absoluten Asylräume müssten für jeden Menschen geöffnet werden." Ders., in: epd-Wochenspiegel 29/2004, 6.

[58] In der Altenpflege fehlen z.B. heute ca. 40 000 Fachkräfte. Nach Aussage von ver.di-Expertin Sylvia Bühler wird die Zahl der durch die chronisch dünne Personaldecke verursachten Überstunden in der Altenpflege auf bundesweit mittlerweile neun Millionen geschätzt. Vgl. epd sozial, Nr.35, 29.8.2003, 19.

[59] M. Schibilsky, aaO., 25.

[60] Zu den „Folgen der sozialwirtschaftlichen Transformation für die Beschäftigten" von Caritas und Diakonie (Erosion des Normalarbeitsverhältnisses durch flexible, befristete Beschäftigungsverhältnisse, Ausdehnung nicht sozialversicherungspflichtiger „prekärer" Mini-Jobs tendenziell auf alle Beschäftigungsgruppen etc.) vgl. Heinz-Jürgen Dahme/Gertrud Kühnlein/Norbert Wohlfahrt, Die sozialwirtschaftliche Modernisierung der bundesdeutschen Wohlfahrtspflege – ein weiterer Schritt auf dem ´Holzweg in die Dienstleistungsgesellschaft`", in: neue praxis 5 (2004), 409-425. Nach Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) arbeitete Ende der neunziger Jahre jeder zehnte Erwerbstätige in den alten und jeder sechste in den neuen Bundesländern in unsicheren Erwerbsformen; vgl. Unsicherheit als

Mobilisierung und eine Wiederbelebung sozialer Bewegungen“ gelingen.[61] Daran müssten sich dann die beiden großen Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände angemessen beteiligen und die neoliberale Begründung des Sozialabbaus nicht nur öffentlich, sondern auch innerhalb der Mitarbeiterschaften ihrer Werke, Anstalten, Stiftungen etc. plausibel in Frage stellen.[62] Ein intensives Ringen und Bemühen um die Spiritualität in der Diakonie kann ein solch kritisches Engagement unterstützen und befördern, denn – so Dorothee Sölle – die Gewissen politisieren heißt sie zu verchristlichen und sie verchristlichen heißt sie zu politisieren.[63] Christliche Spiritualität ist eben keine politikscheue Flucht aus der „bösen Welt“ in die „heile“ Innerlichkeit, sondern – wie das kaum noch gebrauchte deutsche Wort „Frömmigkeit“ besagt – eine vom Geist Gottes getragene und genährte innere und praktische Haltung der Solidarität, Redlichkeit, Tüchtigkeit, Besonnenheit, Tapferkeit und des Mutes gerade „auch in eher düsteren Lebensstrecken“.[64] „Denn Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit.“ (2.Ti.1,7) Angesichts der gestiegenen Arbeitslosigkeit und wachsenden sozialen Polarisierung der Gesellschaft wird die Diakonie auf ihrer zukünftigen Wegstrecke viel solcher Geist gewirkten „Frömmigkeit“ aufbringen müssen.

4. Aussichten einer sozio-ökonomischen und diakonischen Dystopia 2010 plus

Vor welchen Herausforderungen wird die Diakonie in Zukunft stehen? Der Binnenmarkt stagniert, die Exportwirtschaft expandiert, die Arbeitslosigkeit (Februar 2005: 5,216 Mio., Arbeitslosenquote 12,6%) und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte (Februar 2005: ca. 1,4 Billionen Euro) haben Rekordniveau erreicht, die sozialstaatlichen Sicherungssysteme sind überlastet, laut Prognose der EU-Kommission droht Deutschland den Euro-Stabilitätspakt zum vierten Mal in Folge zu verletzen, weist das schwächste Wachstum in der EU auf und nach dem 2. Bericht der Bundesregierung zu den „Lebenslagen in Deutschland“, kurz Armutsbericht genannt, hat der Anteil der Bevölkerung, der nach Definition der EU unter der Armutsgrenze lebt,[65] zwischen 1998 und 2003 von 12,1 auf 13,5% zugenommen. Im gleichen Zeitraum ist das Nettogesamtvermögen (bewegliche und unbewegliche Werte) der Haushalte um 17% auf ca. 5 Billionen Euro gestiegen, 47% davon besitzen allerdings nur 10% der Haushalte. Wirtschafts- und Sozialexperten diagnostizieren eine „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ nach Artikel 115 des Grundgesetzes und eine zunehmende Missachtung der Verpflichtung des Eigentums zum Dienst am „Wohle der Allgemeinheit“ nach Artikel 14.

Die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands und die Frage nach den richtigen volkswirtschaftlichen Konzepten wird von den „Wirtschaftsweisen“ im fünfköpfigen Sachverständigenrat der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen

---

Lebensprinzip, in:epd sozial, Nr.29, 16.7.2004, 14-15. Dieses Quantum dürfte sich in den letzten fünf Jahren erweitert haben.

[61] C.Butterwegge, aaO., 12f.

[62] Hilfreich ist dafür z.B. Albrecht Müller, Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren, München (2004). Diakonische Gemeinschaften des VEDD wie z.B. Hephata, Nazareth und Rauhes Haus haben 2004 mit zahlreichen sozialpolitischen Informationsveranstaltungen Aufklärungsarbeit geleistet, und Vorstandsvorsitzende großer diakonischer Träger, wie z.B. Peter Fenner vom Ev. Johannesstift, Horst Ritter von der Stiftung Wittekindshof und Friedrich Schophaus von den v.BA Bethel haben in ihren Mitarbeiterzeitungen und auf internen Veranstaltungen deutlich sozialpolitische Widersprüche benannt.

[63] D.Sölle, Das Recht ein anderer zu werden, Stuttgart (1971), 31.

[64] Ev. Erwachsenen Katechismus, 7.Aufl., hg. von Manfred Kießig u.a. im Auftrag der velkd, Hannover (2001), 743.

[65] Die EU definiert als Armutsgrenze ein Einkommen unter 60% des mittleren Netto-Haushaltseinkommens; in Deutschland lag diese Grenze 2003 bei mtl. 938 Euro.

Entwicklung kontrovers diskutiert.[66] Der gegen die mehr oder weniger neoliberal orientierte Mehrheit der Mitglieder dieses Gremiums opponierende Würzburger Volkswirtschaftler Peter Bofinger sieht Deutschland an einem Scheideweg: „Es muss eine Grundsatzentscheidung darüber getroffen werden, ob wir weiterhin auf das Modell der Sozialen Marktwirtschaft setzen oder ob wir uns für das Konzept eines Kapitalismus angelsächsischer Prägung entscheiden. In den letzten Jahren ist die deutsche Wirtschaftsordnung deutlich in die Richtung des angelsächsischen Modells verändert worden."[67] Mit dieser Einschätzung ist P. Bofinger in seiner Zunft keineswegs isoliert. So urteilt z.B. der Bankenexperte und Wirtschaftsprofessor an der Universität Erlangen-Nürnberg, Wolfgang Gerke: „Wir steuern in ein amerikanisch-kapitalistisches System mit ungeheuren Härten und einem kleinen Kreis von Begünstigten. Ich glaube, wir sind auf dem falschen Weg." (NW 5./6.2.2005) Nicht nur die ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizäcker und Johannes Rau oder Wirtschafts- und Sozialpolitiker des linken Flügels der SPD, sondern auch die ehemalige Sozialminister der CDU/CSU Heiner Geißler, Norbert Blüm und Horst Seehofer fordern vehement eine Abkehr vom „neoliberalen Irrweg" weiterer Einschnitte in das soziale Netz, Abbau von Arbeitnehmerrechten, Lohnnullrunden, Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich, Urlaubskürzungen, Rückführung der öffentlichen Investitionsanteile und weiterer Steuerreformen zugunsten der Unternehmen und Wohlhabenden/Reichen. „Die ganze neoliberal ausgerichtete Politik hat zu verheerenden Ergebnissen geführt: stagnierendes Wachstum, steigende Arbeitslosigkeit und eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich", so H. Seehofer in einem am 26.2.2005 in „Die Welt" veröffentlichten Interview.[68] Würde die „Hartzreise" (so der Kabarettist Dieter Hildebrandt in Anspielung auf Heinrich Heines „Harzreise") fortgesetzt in das umfassend privatisierte, liberalisierte, deregulierte, entbürokratisierte und kommerzialisierte „gelobte Land" des ehemaligen Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Michael Rogowski, in dem die Unternehmen weitgehend steuer-, mitbestimmungs-, kündigungsschutzbefreit und komplett erlöst von der Last der Lohnnebenkosten „Arbeit schaffen, während die Beschäftigten die soziale Sicherung und das Gesundheitssystem selbst finanzieren" (so in einem am 16.9.2004 in „Die Zeit" veröffentlichten Interview), dann würde – überspitzt gesagt - der Sozialstaat zu einem „sozialen Nachtwächterstaat" degenerieren und die Diakonie zu einer „Suppenküchenbarmherzigkeit".[69] Der moderne Sozialstaat mit seinem ausdifferenzierten System professioneller Hilfen wäre dann weitgehend abgelöst von archaischen und vormodernen Hilfeformen: Familien- und Sippensolidarität, vollständige Selbstvorsorge (bei Arbeitnehmern unterstützt durch freiwillige betriebliche Sozialfürsorge) einerseits und andererseits Hilfe aus Mitleid und Barmherzigkeit durch private Stiftungen und ausschließlich spendenfinanzierte religiöse Initiativen und Lebensgemeinschaften. Staatsfinan-

[66] Vgl. das Streitgespräch zwischen den Ratsmitgliedern Hans-Werner Sinn und Peter Bofinger, in: Der Spiegel 50 (2004), 94-100.

[67] Ders., Wir sind besser, als wir glauben. Wohlstand für alle, München (2005), 197.

[68] „Wir erleben heute in Deutschland den amerikanischen Weg, und der führt ins Elend." So der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler am 27.10.2004 vor Vertretern der bayerischen Diakonie in Nürnberg (epd sozial, Nr.44, 29.10.2002). „Wir müssen uns selber fragen, wo unser Aufschrei, der Aufschrei der politischen Parteien, aber auch der Kirchen bleibt gegen ein Wirtschaftssystem, in dem große Konzerne gesunde kleinere Firmen wie Kadus im Schwarzwald mit Inventar und Menschen aufkaufen, als wären es Sklavenschiffe aus dem 18.Jahrhundert und dann zum Zwecke der Marktbereinigung oder zur Steigerung der Kapitalrendite und des Börsenwertes dichtmachen und damit die wirtschaftliche Existenz von Zehntausenden Menschen mit ihren Familien vernichten. Die Kultur des Herrschens zeigt sich in einem unsittlichen und auch ökonomisch falschen Kapitalismus, in dem der Börsenwert und die Managergehälter an den Aktienkurs gekoppelt umso höher steigen, je mehr Menschen wegrationalisiert werden." So H.Geißler in seiner „Eine Kultur des Dienens gegen eine Kultur des Herrschens" betitelten Festrede auf dem Gründungsfestakt der vom Rottenburger Bischof Gebhard Fürst gegründeten Stiftung „Diaconia Christi Internationalis" am 11.10.2004, in: Diaconia 3/4 (2004), 103-109, 107.

[69] Von 2000 bis 2004 ist die Zahl der so genannten Tafeln um gut 25% auf ca. 380 gestiegen; vgl. epd sozial, Nr.24, 11.6.2004, 15.

zierte professionelle Dienste gäbe es dann nur noch für hochproblematische, drogensüchtige, psychopathische und gewalttätige Obdachlose.

Dieser Rückfall in den Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts ist in den USA nicht nur Zwang staatlicher Finanzarmut infolge der immensen Kosten für Krieg und „Heimatverteidigung“,[70] sondern er ist das erklärte sozialpolitische Programm der Bush-Regierung und ihrer ultrakonservativen religiösen Wählerbasis. Das Leitbild heißt „Compassionate Conservatism“ und stammt aus der Feder des texanischen Journalismusprofessors Marvin Olasky.[71] Dieser sieht die im Vergleich zu den kontinentalen europäischen Wohlfahrtsstaaten eher minimale, weil von der Arbeiterbewegung kaum beeinflusste US-amerikanische Sozialstaatlichkeit der letzten 30 Jahre als gescheitert an, weil sie die sozialen Probleme nicht verringert, sondern im Gegenteil vermehrt habe. Durch die staatlichen Sozialprogramme seien die Armen geradezu süchtig geworden nach Unterstützung und hätten jede Einsicht verloren in Eigenverantwortung und persönliche Schuld. Der Kern von Olaskys Gegenkonzept ist, unter Verzicht auf Steuerfinanzierung und staatliche Zwangsversicherungsleistungen soll soziale und pflegerische Hilfe allein durch „das naturgemäß dem Menschen innewohnende Mitleid (´compassion`) und die daraus folgende freiwillige, aus religiösem Glauben motivierte soziale Tat“ geleistet werden.[72] Ziel der Hilfe sei, dass der immer auch durch persönliche Schuld verelendete Mensch seine Sünde bekennt, zu tätiger Reue bereit werde und durch (wie auch immer niedrig entlohnte) Arbeitsaufnahme notfalls als „working poor“ seine Würde wiedergewinne. Wer als arbeitsfähiges Individuum dazu nicht bereit sei, solle keine Hilfe erhalten. Menschen, die Zeit oder Geld für solche Hilfeprojekte aufwenden, sollten steuerlich entlastet werden, und umgekehrt solle die Verweigerung von Zeit oder Geld für Arme steuerlich belastet werden. Diese Vision einer religiösen bürgerschaftlichen Privatisierung und Entrechtlichung des Sozialen bei gleichzeitiger Individualisierung und Moralisierung von strukturell bedingtem Elend – z.Z. beträgt die OECD-ermittelte Armutsquote der USA 25 Prozent[73] - kennzeichnet das neoliberale Wunschziel der „Hartzreise“.

David Lohmann, Direktor bei der Privatbank M.M. Warburg & Co. (Hamburg), hat in einem kurzen, prägnanten Vortrag auf dem diakoniewissenschaftlichen Forum der Kirchlichen Hochschule Bethel, „Diakonie-Agenda 2010“ am 4.Oktober 2004, für Deutschland eine dramatische Entwicklung in quasi frühkapitalistische Notlagen prognostiziert: konstante Massenarbeitslosigkeit, rasante Wanderbewegungen, Bildungsnotstand und Entkirchlichung.[74] D. Lohmann befürchtet

- eine hohe „Sockelarbeitslosigkeit“ schlichtweg ökonomisch überflüssiger Menschen, „die im regulären Produktionsprozess nicht mehr gebraucht werden“,

[70] Zur kürzlichen Ankündigung von US-Präsident George W. Bush, angesichts des Rekorddefizits zahlreiche Sozialprogramme zu streichen, vgl. FR 7.2.2005.

[71] Vgl. dazu Wolfgang Klug, Was kommt nach der ´Moderne`? Die neue US-amerikanische Sozialpolitik und ihre Konsequenzen für die Entwicklung der Sozialen Arbeit in Deutschland, in: Sozialmagazin 5 (2004), 38-43. Zu den bisherigen Sozialleistungsprogrammen in den USA vgl. Axel Murswieck, Die Sozialpolitik der USA: ein Weg für die Zukunft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 19 (1998), 33-45. Zur ultrakonservativen religiösen „Moral Majority“ und ihrer Politik vgl. Josef Braml, Die theo-konservative Politik Amerikas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7 (2005), 30-38. „Evangelikale Protestanten machen mittlerweile knapp ein Viertel (2000: 24%) der als Wähler registrierten Amerikaner aus. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der republikanischen Wählerschaft geworden. Innerhalb von drei Jahrzehnten (1964-2000) erhöhte sich der Prozentsatz der bekennenden Republikaner unter den Evangelikalen, und zwar sowohl bei den ´engagierten` (von 42 auf 74%) als auch bei den ´anderen` (von 30 auf 49%).“ (hier 30).

[72] Wolfgang Klug, aaO., 39.

[73] So Gert G.Wagner, Forschungsdirektor am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, in seinem Artikel, Weit entfernt von amerikanischen Verhältnissen, in: Berliner Zeitung vom 2.3.2005.

[74] Die folgenden Zitate sind D.Lohmanns unveröffentlichten Manuskript entnommen.

- atemberaubende „Wanderbewegungen“ der Leistungsfähigen aus wirtschaftlich abgehängten Regionen „(vor allem im Osten)“ in attraktive Ballungsgebiete,
- den Ausschluss ganzer Bevölkerungsschichten von der Bildung und
- eine „Entkirchlichung“ verbunden mit der Auflösung des bisherigen „gemeinsamen Wertekanons der Gesellschaft“.

Alle diese Befürchtungen sind m.E. nicht unbedingt schon für 2010, aber für den Zeitraum bis 2015 durchaus realistisch.

Die erste Befürchtung einer hohen Sockelarbeitslosigkeit wird fast tagtäglich durch die Wirtschaftsnachrichten bestätigt. Der 2004 vollzogene und für die nächsten ein bis zwei Jahre für den Standort Deutschland angekündigte oder beschlossene Arbeitsplatzabbau (in Prozent) – trotz hoher Gewinne (also „jobless groth“) – bei zahlreichen DAX-Unternehmen (Allianz-Gruppe knapp 17%, RWE über 20%, BASF 15%, Henkel 5%, Deutsche Bank 7%, Deutsche Telekom „in den kommenden Jahren“ durchschnittlich 5% jährlich etc.) dokumentiert eindeutig den Vorrang des Shareholder Value gegenüber den Interessen der Beschäftigten (als Teil der Stakeholder). Abgesehen von der Verdrängung deutscher Arbeitnehmer durch osteuropäische (schein)-„selbstständige Einzelunternehmer“ und „Entsendungskräfte“ im Rahmen der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit der EU, kommen hinzu die sanierungsbegründeten Stellenstreichungen beim angeschlagenen Autobauer Opel (9.000), dem Handelskonzern KarstadtQuelle (5.700), in der verlustreichen Kommunikationssparte des Siemenskonzerns (700), komplette Standortschließungen im defizitären Glasfaserbereich des Infineonkonzerns, Stellenstreichungen bei IBM-Deutschland (2.500), der mit Verlusten zu kämpfenden HypoVereinsbank (HVB) (2.400), der Hausgeräteindustrie (z.B. Miele: 1.077), der Textilbranche, der Bauindustrie (für 2005 ca. 30.000), des mittelständischen Einzelhandels (für 2005 ca. 10.000) und des Handwerks (für 2005 ca. 100.000) etc. Von der Arbeitsplatzverlagerung in Niedriglohnländer sind nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) (NW 2.2.2005) nicht nur Stellen im arbeitsintensiven Fertigungssektor betroffen, sondern zunehmend auch Arbeitsplätze in Forschung und Entwicklung. Die Zahl der Unternehmen, die laut DIHK-Umfrage vom Sommer 2004 (NW 31.8.2004) Auslandsinvestitionen planen, ist von 38% (2003) auf 43% (2004) gestiegen. Nach einer weiteren Befragung des DIHK von 8.000 Unternehmen werden bis 2007 ca. 150.000 Arbeitsplätze in osteuropäische EU-Staaten und asiatische Länder verlagert werden (NW 21.2.2005). Der Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie (VBM) schätzt, dass knapp zwei Millionen Arbeitsplätze in Deutschland von einer zukünftigen Verlagerung ins Ausland bedroht sind (NW 17.11.2004), und eine Studie der Boston Consulting Group prognostiziert die definitive Abwanderung von zwei Millionen Arbeitsplätzen Richtung Osteuropa und Asien innerhalb der nächsten zehn Jahre („Der Spiegel“ 9/2005). Einzig das eher optimistische Forschungsinstitut Prognos AG rechnet bis 2008 nur mit einem „minimalen“ Anstieg der Arbeitslosigkeit und einem dann einsetzenden Beschäftigungswachstum (NW 22.2.2005). Fazit: Die Verheißung des EU-Kommissionspräsidenten Jose Manuel Barroso, bis zum Ende des Jahrzehnts würden sechs Millionen neue Arbeitsplätze mit Hilfe einer unternehmerfreundlicheren Politik in der EU entstehen (NW 3.2.2005), gilt wohl eher für die neuen acht und ab 2007 10 mittel- und osteuropäischen als für die alten fünfzehn EU-Mitgliedsstaaten. Und die Hoffnung von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, die Zahl der Arbeitslosen bis 2010 mindestens halbieren zu können bei „einer gewissen Sockelarbeitslosigkeit, die zwischen drei und fünf Prozent liegt“ (NW 28.12.2004), mutet derzeitig an wie hilfloser Zweckoptimismus.

Die zweite Befürchtung bestätigen Vorhersagen des Demographie-Experten Steffen Kröhnert vom Berlin-Institut für Bevölkerung: Die seit Jahren stattfindende Landflucht gut qualifizierter junger Menschen aus den dünn besiedelten Regionen Brandenburgs in die Metropolen sei

nicht aufzuhalten und werde in etwa 20 Jahren zu einer „unglaubliche(n) Überzahl“ älterer, betreuungsbedürftiger Menschen führen („Tagesspiegel“ 28.2.2005). Dies gilt natürlich auch für Mecklenburg-Vorpommern: Altkanzler Helmut Schmidt sieht dort im Fall eines Scheiterns des Aufbau Ost – so in einem Beitrag für die IHK Schwerin – „ein Desaster auf uns zukommen“ (NW 7.2.2005). Initiativen wie die erst Ende 2003 vom Familienministerium gestartete Aktion „wir…hier und jetzt“, das Perspektiven für Jugendliche in ihrer ostdeutschen Heimat aufzeigen soll, werden mangels attraktiver Ausbildungs- und Arbeitsplätze wohl wenig Erfolg haben. Und Klaus von Dohnanyi, Mitglied des überparteilichen „Gesprächskreises Ost“ warnt unmissverständlich: „Wenn wir die Lage der neuen Länder nicht jetzt und nicht energischer ins politische Visier nehmen, dann gerät Deutschland im Ganzen in Gefahr.“[75]

Den ursächlichen Teil der dritten Befürchtung haben die PISA-Studien zur Genüge belegt: Bildungschancen hängen in Deutschland überdurchschnittlich stark von der sozialen Herkunft ab.[76] Gegenwärtig gelingt nach Angaben des deutschen Caritasverbandes 7% eines Jahrgangs kein Schulabschluss und fast 15% pro Jahrgang machen keine Berufsausbildung.[77] Wenn die soziale Polarisierung in Deutschland mit mindestens 1,1 Millionen Kindern (2003), die unterhalb der Armutsgrenze leben,[78] weiter steigt,[79] die bisherige Qualität der Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB) durch das überwiegend preisorientierte Vergabeverfahren der Bundesagentur für Arbeit sinkt, an höheren Schulen direkt oder indirekt Schulgeld eingeführt wird, die Lernmittelfreiheit weiter ausgehöhlt wird, Studiengebühren erhoben werden und die Investitionsankündigungen des Bundes in den Bildungsbereich weiter föderalistisch blockiert und in eine ungewisse Zukunft verschoben werden, dann werden wir in Zukunft Millionen bildungsarmer Menschen haben.

Die vierte Befürchtung wird gestützt durch die letzte Mitgliedschaftsprognose der EKD für die Jahre 2002 bis 2030. Danach ist für Westdeutschland bis zum Jahr 2030 von einem Rückgang der Mitgliederzahl von 31% auszugehen. Umfragen wie „Perspektive Deutschland 2002“ oder des Davoser „World Economic Forums“ von 2002 zum Vertrauen der Menschen in Institutionen haben den Kirchen in Deutschland zudem negative Werte und letzte Rangplätze bescheinigt.[80] Und die Entscheidung des Berliner SPD/PDS-Senats vom 30.März 2004 für ein Gesetz zur weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates, das alle Religionssymbole aus dem öffentlichen Dienst verbannt, sowie der auf dem letzten Landesparteitag der Berliner SPD getroffene Beschluss, „Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde“ (LER) als staatliches Pflichtfach an den Berliner Schulen einzuführen, könnten die ersten Schritte sein

[75] Ders., Bellen am falschen Baum, in: Der Spiegel, 14/2005, 38-41, hier 41. Vgl. auch Uwe Müller, Supergau deutsche Einheit, Berlin (2005). Müller befürchtet für Ostdeutschland eine „demographische Katastrophe“ (aaO., 95-127).

[76] Im 2.Lebenslagenbericht der Bundesregierung wird dieser Zusammenhang klar benannt: „Die Chancen eines Kindes aus einem Elternhaus mit hohem sozialen Status, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, sind rund 2,7-mal so hoch wie die eines Facharbeiterkindes.“ (Der Spiegel 49/2004) Die Chance, ein Studium aufzunehmen, ist sogar 7,4fach größer (aaO.).

[77] epd sozial, 10. Dezember 2004, Nr. 50, 14.

[78] Im Unterschied zum 2.Lebenslagenbericht rechnet der Bielefelder Erziehungswissenschaftler Christian Palentien mit derzeit 2,8 Millionen Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren, die von Armut betroffen seien, vgl. ders., Kinder- und Jugendarmut in Deutschland, Wiesbaden (2004). Die im Frühjahr 2005 veröffentlichte internationale Studie des UN-Kinderhilfswerk Unicef hat für Deutschland 1,5 Millionen von Armut betroffene Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren ermittelt; vgl. w.w.w.unicef.de/kinderarmut.html.

[79] Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) rechnet damit, dass 2005 die Zahl der Kinder in Sozialhilfe auf ca. 1,5 Millionen steigen wird. Das Bundesfamilienministerium schätzt eine – primär durch Hartz IV verursachte – Erhöhung um 250.000 (epd sozial, Nr.46, 12.11.2004, 2).

[80] Vgl. UK Nr. 20, 11.5.2003 und „Die Welt“ vom 12.11.2002.

auf dem Weg zu einem laizistischen Staat und der Beseitigung der vielfältigen Sonderstellung der großen Kirchen in Deutschland.[81]

Nach D. Lohmann stünde die Diakonie mittelfristig vor den Herausforderungen, „Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten" anbieten zu müssen; den in den wirtschaftlich abgeschriebenen Landstrichen „daheim Gebliebenen …soziale Fürsorge vor Ort, Krankenversorgung (die sich meistens für Private nicht lohnt), Altenbetreuung, Pflegeangebote" vorzuhalten; „Bildungssysteme" zu entwickeln, „die sich auch Schichten leisten können, die nicht zu den Gewinnern der Globalisierung zählen"; und die Diakonie müsse die Kirche als „Hüterin der christlichen Wertetradition" unterstützen. Da der Sozialstaat ausgebrannt sein werde und für die klassischen diakonischen Tätigkeitsfelder keine leistungsgerechten Kostensätze mehr zahlen könne, müsse die Diakonie diese Aufgaben durch eigene unternehmerische Gewinne auf dem „Wachstumsmarkt Healthcare" („Medizintechnik, Biotechnologie, Pharmazie und Klinikketten … als die Gewinner des demographischen Wandels") mitfinanzieren. Die Diakonie ganz „an die Börse" zu bringen werde keinen Sinn machen, da die „Renditevorstellungen der Kapitalanleger" in Bereichen (um mindestens 15%) liegen würden, „die die Diakonie nicht ansatzweise erwirtschaften" könne. Statt dessen sollte durch die theologische Anwerbung von „Mäzenenkapital" für die Gründung von diakonischen Stiftungen, die personenbezogene „Finanzierungslücken" der notwendigen Hilfe „im Einzelfall" abdecken könnten, die diakonische Arbeit unterstützt werden. „Flankiert werden sollte dieses Mäzenentum mit der Rückbesinnung auf diakonische Lebensgemeinschaften, die sich in den Dienst einer Sache stellen im Gegenzug zur Sicherung eines adäquaten Lebensstandards." Das Ensemble dieser „Lebensgemeinschaften" wären dann hauptsächlich Menschen, „die auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Chance" hätten, aber gemäß Mt. 20, 1-16 das Lebensnotwendige verdienen würden und gegen Altersarmutsrisiken relativ abgesichert wären.

Dass die „fetten Jahre" vorbei sind (Meinhard Miegel), der Nachkriegstraum von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" (Helmut Schelsky) und der Vereinigungstraum von den allseits „blühenden Landschaften" (Helmut Kohl) im friedens- und sozialpolitischen Interesse einer Annäherung der EU-Lebensverhältnisse ausgeträumt sind, ist unbestritten. „Dass wir in unserem reichen Land verstärkt lernen müssen, abzugeben und im internationalen Maßstab zu teilen, ist eine alte und unvermindert aktuelle Forderung aus den Kirchen."[82] Aber diese von D. Lohmann und anderen befürchteten Alptraumverhältnisse[83] sind m. E. doch nicht zwingend und unabwendbar, sondern wären das Ergebnis eines katastrophalen Versagens der Politik auf deutscher und EU-Ebene, eines Versagens der deutschen Wirtschaft und der deutschen Gesellschaft inklusive der Gewerkschaften, der großen Kirchen und ihrer Wohlfahrtsverbände.

5. Plädoyer für die Bildung einer außerparlamentarischen Opposition des Sozialen und den Start eines offensiven Ethik-Diskurses über Reichtum, Gier und Geiz als Leitbild einer neoliberal-postsolidarischen Gesinnung

[81] Vgl. epd-Wochenspiegel 15/2004, 6f.

[82] Wolfgang Huber, Wir müssen lernen zu teilen, in: diakonie unternehmen 1 (2004), 7.

[83] Vgl. Herbert Effinger, Tempora horribiles?! Provokationen und Fragen zur Gegenwart der Zukunft der Sozialen Arbeit, in: Sozialmagazin 4 (2002), 16-23 und Orientierung. Fachzeitschrift der Behindertenhilfe 2 (2004) mit dem Thema „2020. Können Sie mir sagen, wohin ich will?"; hier besonders der Artikel von Klaus Bloedhorn, So gut wie ausgestorben. Menschen mit Behinderungen 2020, aaO., 10-12.

Was also ist zu tun? Die großen Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände müssen sich entschieden engagieren für eine breite außerparlamentarische, demokratische und rechtsstaatliche Opposition des Sozialen, die nicht nur deutschlandweit, sondern wie von dem 2002 verstorbenen französischen Soziologen und attac - Mitbegründer Pierre Bordieu schon Mitte der neunziger Jahre und 2002 auch im ökumenischen Soesterberg-Brief gefordert,[84] EU-weit argumentiert, protestiert und agiert für einen EU-Sozialstaat, der auf einem „Bündnis der Arbeitnehmer der verschiedenen europäischen Länder gegründet und in der Lage ist, jene Bedrohungen zu neutralisieren, die, vor allem über das Sozialdumping, von den Arbeitnehmern eines jeden Landes auf diejenigen der anderen Länder ausgehen" und der allein in der Lage wäre, „der desintegrativen Wirkung der Ökonomie des Geldes entgegenzusteuern".[85] Für Deutschland würde eine solche APO des Sozialen keine Total- oder Fundamentalopposition bedeuten. Der politische und sozialethische Auftrag der Kirchen und ihrer Wohlfahrtsverbände lautet, der „Stadt Bestes" zu suchen (Jer. 29,7). Folglich gilt zunächst: Die bisherigen, durch Regierungsfehler und –versäumnisse der 90iger Jahre notwendig gewordenen und „im Kern" richtigen, aber sozial ungerechten oder zumindest sozial unausgewogenen und in der politischen Hektik mit zu viel handwerklichen Fehlern und Nachbesserungsnotwendigkeiten versehenen Sanierungsreformen des Sozialstaates haben „ein Anrecht auf faire Bewertung und Begleitung durch die Kirchen und die freie Wohlfahrtspflege", aber alle weiteren „Ruck" - Schritte, die letztlich das gefährden, „was unsere Gesellschaft in Deutschland zum ersten Mal in ihrer Geschichte demokratiefähig gemacht hat, nämlich deren soziale Fundierung",[86] müssen durch breiten Widerstand verhindert werden. Die „Funktion und die Aufgabe der christlichen Gemeinde in und gegenüber dem politischen Gemeinwesen"[87], nämlich die Verkündigung des Evangeliums von der Rechtfertigung des Sünders mit Wort und Tat, umfasst auch die Pflicht zum rechtzeitigen, öffentlichkeitswirksamen und friedlichen politischen Widerstand gegen die Gefahr einer sozial segregierenden Be- und Entwertung des Menschen nach den Maßstäben ökonomischen Nutzens.[88] Das bedeutet: Die großen Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände müssen

---

[84] Vgl. Globalisierung. Wirtschaft im Dienst des Lebens – Stellungnahme der Ev.Kirche von Westfalen zum Soesterberg-Brief, Materialien für den Dienst in der EKvW 1 (2005), 67-76.

[85] Pierre Bourdieu, Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstand gegen die neoliberale Invasion, Konstanz (1998), 70f. Bereits 1996 mahnte Bourdieu: „Der dauernde Verweis auf außereuropäische Bedrohungen verschleiert, dass die viel beschworenen Gefahren der neuen Wirtschaftsordnung in erster Linie von einem Wettbewerb der europäischen Länder ausgehen, von dem, was man bisweilen als social dumping bezeichnet: europäische Länder mit geringer sozialer Sicherung, mit niedrigen Löhnen, können diesen Wettbewerb zu ihrem Vorteil nutzen, aber sie reißen dabei andere Länder mit sich, verstärken den Zwang zur Preisgabe der dortigen sozialen Errungenschaften. Angesichts dieses drohenden Unterbietungswettbewerbs müsste es den hiesigen Arbeitern angelegen sein, gerade im Bündnis mit den Arbeitern diesbezüglich weniger entwickelter Länder, diese ihre Eroberungen zu verteidigen und auf ihre Länder übergreifende Ausdehnung zu dringen (sicher keine leichte Aufgabe, bedenkt man die unterschiedlichen nationalen Traditionen, insbesondere im Hinblick auf die Macht der Gewerkschaften dem Staat gegenüber und die Arten der Finanzierung des Sozialversicherungswesens)." (aaO., 45) Die gemeinsamen Ziele müssten sein: „die Festlegung von Mindestlöhnen (nach Zonen differenziert, um den regionalen Ungleichheiten Rechnung zu tragen); die Entwicklung von Maßnahmen gegen Korruption und Steuerhinterziehung,…Maßnahmen gegen das Sozialdumping zwischen unmittelbar konkurrierenden Aktivitäten, die Ausarbeitung eines gemeinsamen Sozialrechts…und schließlich die Konzeption und Durchführung einer dem allgemeinen Interesse dienenden gemeinsamen Investitionspolitik: im Gegensatz zu den Investitionsstrategien, die aus der Autonomisierung rein spekulativer und/oder an kurzfristigen Profitinteressen orientierter finanzieller Aktivitäten entstehen…" (aaO., 75) Diese Ziele sind weitgehend übereinstimmend mit den Forderungen der EKD-Denkschrift, Verantwortung für ein soziales Europa. Herausforderungen einer verantwortlichen sozialen Ordnung im Horizont des europäischen Einigungsprozesses, Gütersloh (1991).

[86] Ernst-Ulrich Huster, Armut und Verteilungsgerechtigkeit. Vortrag vor der Diakonischen Konferenz am 14.Oktober 2004 in Hannover, in: Jürgen Gohde (Hg.), Diakonie Jahresbericht 2004, Stuttgart (2004), 86-92, hier 86.

[87] Eberhard Jüngel, Reden für die Stadt. Zum Verhältnis von Christengemeinde und Bürgergemeinde, München (1979), 18.

[88] „Wie akut dieser Widerstand ist, kann man sich an der Stellung der Kinder und der Alten in unserer

sich im ökumenischen Schulterschluss und ohne Berührungsängste vor einer Zusammenarbeit mit den - angegriffenen, sich neu auf ihr kulturelles und politisches Mandat zu besinnenden - Gewerkschaften[89] jenen sozialen Bündnissen anschließen, die sich in den letzten Monaten auf regionaler und landesweiter Ebene gebildet haben. Vorbildlich ist hier m. E. das breite, evangelische und katholische Einrichtungen, den Landesverband der jüdischen Gemeinden, DW und Caritas, AWO, DPW, DGB, Arbeitslosen- und Selbsthilfeinitiativen und auch die Diakonische Gemeinschaft Hephata u. a. umfassende Bündnis „Soziale Gerechtigkeit in Hessen" und die von ihm erarbeitete „Hessische Sozialcharta". Diese Bündnisse müssen sich vernetzen und ihre Kompetenzen bündeln.[90] Perspektivisch müsste es ihre Aufgabe sein, Öffentlichkeit und Politik mit jährlichen regionalen, länderspezifischen und bundesweiten „Sozialstaat – TÜV - Berichten" zu konfrontieren, wie kürzlich u. a. von der Deutschen Bischofskonferenz vorgeschlagenen worden ist. Die Diakonie könnte als „Seismograph für die Lebenssituation der Menschen" (Wolfgang Huber) eine unverzichtbare Quelle solcher Berichterstattung sein. Ein weiterer spezifischer Beitrag der konfessionellen Wohlfahrtsverbände und ihrer Einrichtungen könnte darin bestehen, für ihre Arbeits- und Hilfebereiche theologisch-ethisch begründete soziale, pädagogische, pflegerische und medizinische Mindeststandards zu definieren (bzw. christliche „Schmerzgrenzen" des Sozialen) und über deren drohende oder faktische Unterschreitung samt Ursachen die Öffentlichkeit ehrlich und präzise zu informieren. Dass dies besonders für den Bereich der stationären Altenhilfe notwendig ist, zeigen Expertenvermutungen, die von tausenden Toten durch Versorgungsmängel ausgehen.[91]

Der entsprechende spezifische Beitrag der verfassten Kirchen, ihrer Dienste, Gemeinden und Gruppen sollte nach Auffassung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des von Einrichtungen der Ev. Kirche in Hessen und Nassau und dem gliedkirchlichen Diakonischen Werk getragenen Studienprojekts „Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln" in einer differenzierten Fortführung und Konkretisierung des 1994 begonnenen und 1997 mit dem „Wort des Rates der Ev. Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland" abgeschlossenen Konsultationsprozesses bestehen. Unter der Überschrift „Was Kirchen tun sollten und könnten" werden zehn zentrale „Bausteine für eine kirchliche Agenda" vorgeschlagen:

1. „Verwirklichung ´sozialer Gerechtigkeit` in der Kirche"
2. „verteilungspolitische Debatte intensivieren, neu akzentuieren und Betroffene beteiligen"

Leistungsgesellschaft klarmachen, die ja, weil sie für ihr Dasein noch nichts oder nichts mehr tun können, den unbedingten Vorrang der Person vor ihren Leistungen repräsentieren. Eine Bürgergemeinde, in der Kinder und Alte zu Randgruppen erklärt und gemacht werden, zerstört ihre eigene Würde. Ihr muss Widerstand entgegengesetzt werden." aaO., 40.

[89] Vgl. Oskar Negts Plädoyer für die Gewerkschaften: Wozu noch Gewerkschaften? Eine Streitschrift, Göttingen (2004).

[90] Ein erstes bundesweites Sozialforum ist für den 21.-24.7. 05 in Thüringen geplant.

[91] Nach Angaben des ersten Pflege-Qualitätsberichtes des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen (MDS) vom November 2004 hat sich die Qualität von Pflegeheimen seit Ende der neunziger Jahre zwar verbessert, aber immer noch seien ca. 17% der Pflegebedürftigen unzureichend versorgt; vgl. epd sozial, Nr.47, 19.11.2004, 5. Die Angaben des Sozialverbandes Deutschland (SoVD), der die Zahl der Pflegetoten auf jährlich 10.000 schätzt, sind allerdings nach Ansicht des Hamburger Rechtsmediziners Klaus Püschel, der 1999 den Dekubitus-Skandal aufdeckte, zu hoch. Püschel hatte damals an ca. zwei Prozent der von ihm untersuchten Leichen schwere oder schwerste Druck- und Liegegeschwüre festgestellt. „Hochgerechnet auf Deutschland bedeute dies eine Zahl von 16.000 Betroffenen jährlich, sagte nun Püschel gegenüber epd sozial. Zahlen aus Berlin oder Hannover seien eher höher. Auf die Größenordnung von 10.000 Toten komme man daher, wenn man annehme, dass jeder zweite Betroffene an den Dekubitus-Wunden gestorben sei. Dies sei aber ´deutlich zu viel`." Dennoch sei das „ein relevantes Problem. Es ist schmerzlich und stinkt zu Himmel." Epd sozial, Nr.36, 3.9.2004, 7.

3. Thematisierung des Zusammenhangs von „öffentlicher Armut“ und „privatem Reichtum“
4. Anprangerung der „Wirtschaftskriminalität“
5. Einsatz für „ethisches Investment“
6. „Stärkung kirchlicher Instrumente zum Abbau weltweiter Polarisierungen“
7. Kritik der „Polarisierung und Vermachtung globaler Märkte“
8. Eintreten für die „Entschuldung hochverschuldeter Länder“
9. Einsatz für eine Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe Deutschlands
10. periodische Vorlage eines „gemeinsamen und ökumenischen Armuts- und Reichtumsberichts“.[92]

Hinsichtlich des Engagements für die Zukunftssicherung der sozialstaatlichen Sicherungssysteme, der Bildungssysteme und des sozialen Friedens in Deutschland gelten natürlich die Bausteine 2, 3, 4, und 10. Das gemeinsame Problem dieser Bausteine, das von den Kirchen klar und deutlich thematisiert werden muss, ist der in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegene und öffentlich tabuisierte private Reichtum in Deutschland,[93] der sich den grundgesetzlich gebotenen Pflichten gegenüber Staat und Gesellschaft weitgehend zu entziehen versucht. Während die 10% der oberen aller privaten Haushalte 1998 über 45% des beweglichen und unbeweglichen Nettovermögens verfügten, so waren es 2003 47%. Nach einer Studie des Bundesverbandes der Volksbanken und Raiffeisenkassen zur Höhe der Sparquote stieg das reine Geldvermögen der ca. 40 Millionen privaten Haushalte 2003 auf 3,922 Billionen Euro (NW 22.10.2004). Rechnerisch hätte damit jeder Privathaushalt durchschnittlich 100.700 Euro auf der „hohen Kante“ gehabt, eine statistische Illusion angesichts der im 2. Bericht der Bundesregierung zu den „Lebenslagen in Deutschland“ veröffentlichten Tatsache von 3,13 Millionen überschuldeten Haushalten in 2002 (1999: 2,77 Mio.); 2,5 Millionen davon waren allein durch Konsumentenkredite so überlastet, dass ihr verbleibendes Einkommen unter die Pfändungsgrenze sank.[94] Laut einer Studie des Nürnberger Marktforschungsunternehmens GfK im Auftrag des Wall Street Journal Europe verfügen gegenwärtig nur 7% der Deutschen über ein Sparvermögen von mehr als 50.000 Euro (NW 7.12.2004); Deutschland wäre damit das Schlusslicht unter den westeuropäischen Ländern (Durchschnittswert ca. 15%). Kurz: Das statistisch nur annähernd zu ermittelnde, Ende 2004 von der Dresdner Bank/Allianz – Group auf 4,1 Billionen Euro geschätzte reine Geldvermögen (NW 25.1.2005) ist sehr ungleich gewachsen und verteilt,[95] und nach Auffassung von Finanzexperten ein wesentlicher Grund für die „öffentliche Armut“ des Bundes, der Länder und Kommunen. Die Vermögenssteuer wird nicht mehr erhoben, der Spitzensteuersatz ist auf 42% gesenkt worden, die Erbschaftssteuer

[92] Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln, hg. von Werkstatt Ökonomie, Heidelberg (2002), 42, 53f., 91f., 128f., 168, 291-294.

[93] Nach Auffassung des Bochumer Reichtumsforschers E.-U. Huster ist Reichtum „in Deutschland ein Tabu“, weil „viele Neureiche … nicht unbedingt über die Quelle ihres Reichtums Auskunft geben wollen.“ (SZ vom 25.4.2001).

[94] Im 1. Halbjahr 2004 haben laut Auskunft der Hamburger Wirtschaftsauskunftei Bürgel 41.063 Bundesbürger ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt, 28% mehr als im Vorjahreszeitraum (NW vom 16.7.2004). Die Gesamtzahl der Privatinsolvenzen in 2004 betrug nach Auskunft der Wirtschaftsauskunftei Creditreform 76.100 – eine Vorjahrssteigerung um 25% (NW vom 11.2.2005).

[95] „1997 zählten die Statistiker rund 510.000 Deutsche mit mindestens einer Million Euro Geldvermögen, inzwischen sind es 756.000. Zwischen 1990 und heute konnten Unternehmer und Vermögende ihr Bruttoeinkommen real um rund 40 Prozent steigern, Löhne und Gehälter stiegen nur um sieben Prozent.“ (SZ vom 24./25./26.12.2004). Auch die Credit Suisse (CS) geht von mehr als 750.000 Vermögensmillionären aus, s.g. High Net Worth Individuals (HNWI), dabei wird unterschieden zwischen „einfachen Reichen“ und „Superreichen“, den s.g. Ultra-HNWI. Zur unteren Kategorie gehören Menschen mit 1,3 bis 3,2 Mio. Euro Vermögen, zur oberen Personen mit Vermögen oberhalb von 25 Mio. (vgl. NW vom 30.12.2004). Zu den 300 reichsten Ultra-HNWI Deutschlands vgl. managermagazin spezial 10 (2004).

ist relativ maßvoll, und die mehr oder weniger legalen Steuerschlupflöcher bieten überaus viele Möglichkeiten der Steuervermeidung.[96]

Noch schädlicher für die öffentlichen Haushalte und Sozialkassen ist die strafrechtlich relevante Steuerhinterziehung bzw. „Steuerflucht" durch Kapitaltransfer bzw. „Geldschmuggel" in die weltweiten Steueroasen. Nach Schätzungen von attac beträgt das allein in der Schweiz, Luxemburg und Liechtenstein zur Zeit deponierte Schwarzkapital deutschen Staatsbürger ca. 450 bis 550 Milliarden Euro (NW 6.1.2005).[97] Für die in Sachen Liechtenstein ermittelnde Staatsanwältin Margit Lichtinghagen von der Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität in Bochum sind diese Steuerhinterzieher „schlicht ´Sozialschädlinge`, weil die sich ihren Pflichten für das Allgemeinwohl entzögen."[98]

Vollends schädlich für den Sozialstaat und Wirtschaftsstandort Deutschland sind die wirtschaftskriminellen Tatbestände der Korruption und organisierten Schwarzarbeit. Die organisierte Schwarzarbeit hat nach Auskunft des Bundesfinanzministeriums eine jährliche Größenordnung von ca. 350 Milliarden Euro (= 16% des BIP). Dem Fiskus und den Sozialkassen würden dadurch jährlich Einnahmen in Höhe von über 100 Milliarden Euro entgehen.[99] Die Korruption in Deutschland, über deren aufgedeckte Fälle oder Verdachtsvermutungen fast täglich in der Presse berichtet wird, verursacht nach Schätzungen der führenden Korruptionsforscherin, der Bielefelder Kriminologieprofessorin Britta Bannenberg, einen jährlichen volkswirtschaftlichen Schaden in Höhe von 50 Milliarden Euro – Tendenz steigend.[100] Diese Schätzung deckt sich mit den Ermittlungen der Unternehmensberatung Price Waterhouse Coopers, deren Angaben zufolge Korruption rund ein Drittel des in Deutschland auf 150 Milliarden Euro geschätzten Schadens durch Wirtschaftskriminalität ausmacht (NW 21.10.2004). Die von der Antikorruptionsorganisation Transparency International (TI) vorgenommene, in Fachkreisen allerdings umstrittene Übertragung von US-amerikanischen Studien auf Deutschland ergab eine Schätzung der Korruptionssumme allein im Gesundheitswesen in Höhe von jährlich 20 Milliarden Euro, also 10% des rund 200 Milliarden Euro umfassenden jährlichen Gesundheitsbudgets.[101] Als „strukturell korruptionsanfälliger Bereich" gilt laut TI-Experte Peter Schönhofer die Pharmaindustrie wegen ihres angeblich aggressiven Marketing-Verhaltens. „Die durch Korruption verursachten immateriellen Schäden lassen sich demgegenüber nicht in Geld quantifizieren. Ganz überwiegend wird angenommen, dass Korruption Grundwerte des sozialen und demokratischen Rechtsstaates verletzt, die Geschäftsmoral und die Grundlagen der Marktwirtschaft gefährdet, das polizeiliche Berufsethos beschädigt, Arbeitsplätze vernichtet, überhöhte Preise und Staatsverschuldung verursacht, Entwicklung und

[96] „Würde die Regierung die Unternehmensgewinne und großen Vermögen heute im gleichen Umfang besteuern wie 1990, dann hätte sie Mehreinnahmen von 81 Milliarden Euro" jährlich, so die Berechnung des Giessener Politologen Dieter Eißel, in: Die Zeit, Nr.40, 23.9.2004, 25.

[97] Nach Schätzungen der Deutschen Steuergewerkschaft beträgt die Summe „lediglich" 300 Milliarden Euro (NW vom 19.7.2004).

[98] Der Spiegel 48/2004, 54. Auch der Wirtschaftsstandort Deutschland wird dadurch geschädigt, denn dieses Schwarzkapital betätigt sich nicht binnenwirtschaftlich konsumtiv, noch schafft es Investitionen oder Arbeitsplätze; es ist also volkswirtschaftlich gänzlich unproduktiv.

[99] Das Parlament vom 8.3.2004. Laut Statistik des Ministeriums vom Februar 2005 betrug das für 2004 geschätzte Volumen 356 Milliarden Euro gegenüber 370 in 2003 (NW vom 22.2.2005). Würde nicht schwarz gearbeitet, so könnten – laut Michael Heesing, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer OWL – allein im deutschen Handwerk fast 500.000 Arbeitsplätze mehr geschaffen werden (NW vom 28./29.8. 2004).

[100] NW vom 1./2.11.2004. Zum Gesamtkomplex Korruption vgl. B. Bannenberg/Wolfgang Schaupensteiner, Korruption in Deutschland. Portrait einer Wachstumsbranche, München (2004). Die konkret ermittelte Schadenssumme betrug 2001 6,8 Mrd. Euro (bei 110.000 verzeichneten Straftaten, aaO, 40). Das Dunkelfeld aber „beträgt nach Einschätzung der Korruptionsfander mindestens 95%, d.h. von 100 Fällen werden allenfalls fünf bekannt." (aaO, 37f.).

[101] Vgl. epd sozial, Nr.47, 19.11.2004, 4.

Innovation blockiert, die Schattenwirtschaft fördert und den Verfall politischer Moral ansteigen lässt."[102]

Summa summarum entgehen den öffentlichen Haushalten und Sozialkassen seit mindestens zehn Jahren allein durch die strafrechtlich relevante Tatbestände „Steuerflucht", organisierte Schwarzarbeit und Korruption (ohne Berücksichtigung von Straftatbeständen wie Umsatzsteuerbetrug, Subventionsbetrug etc.) eine Summe von weit über 100 Milliarden Euro jährlich.[103] Dem gegenüber wirkt der für Ende der 90iger Jahre geschätzte „Sozialmissbrauch", also der jährliche Schaden durch rechtswidrigen Erwerb von Sozialleistungen in Höhe von einer Milliarde Euro[104] (auch bei einer hypothetisch großzügig in Rechnung gestellten seitherigen jährlichen Steigerungsrate von 10%) verschwindend gering. Selbst die 2003 laut Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 3% gestiegenen Sozialhilfe-Ausgaben in Höhe von 22,6 Milliarden Euro[105] – einige Zeitungen betitelten dies unverständlicherweise als „explodierende Ausgaben" (NW 21.10.2004) - erscheinen gegenüber der durch Wirtschaftskriminalität verursachten Geldschadensmenge kaum als volkswirtschaftlich bedrohlich. Die derzeitige (wohl gemerkt nicht vereinigungsbedingt chronische und zukünftige demographische!) Gefährdung des Sozialstaates resultiert also im wesentlichen nicht im „Sozialmissbrauch" und der von Bundeskanzler Gerhard Schröder beklagten „Mitnahme-Mentalität" jener Bürger, die die Sozialkassen in Anspruch nähmen obwohl sie nicht auf Hilfe angewiesen seien (Stichwort „Florida-Rolf"), sondern sie ist verursacht durch die stetige Steuerentlastung des Produktionsfaktors Kapital zu Lasten des Faktors Arbeit[106] und durch Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität.

Fazit: „Die Ausrichtung der Gesellschaft an Reichtum um jeden Preis (auch den eines wirtschaftskriminellen Handelns, der Vf.) als Leitbild einer neoliberal-postsolidarischen Gesinnung",[107] verlangt nach einem offensiven Ethik-Diskurs auf allen Ebenen der Kirchen - deren Mitglieder hoffentlich weniger wirtschaftskriminell handeln als Nichtchristen, aber vor dem „Volkssport" der einfachen Steuerhinterziehung, der Schwarzarbeit und „Geiz-ist –Geil"-Konsumentenmentalität vermutlich nicht überdurchschnittlich gefeit sind – über die heutige Bedeutung und Aktualität der israelitischen Sozialgesetzgebung, der vorexilischen prophetischen Sozialkritik des ausbeuterischen und müßigen Reichtums, des jesuanischen Gebots, „dem Kaiser zu geben, was dem Kaiser gehört" (Mk.12,17), der paulinischen Ermahnung, Steuer und Zoll zu zahlen „wem Steuer und Zoll gebührt" (Röm.13,7) und der frühkirchlichen Warnung vor Geldgier und Habsucht als „Wurzel aller Übel" (1. Tim.6,10).[108]

---

[102] B. Bannenberg/W. Schaupensteiner, aaO, 41.

[103] Vgl. Hans See, Wie wirtschaftskriminelle Bereicherung Staats- und Sozialkassen leert, in: Herbert Schui/Eckhart Spoo (Hg.), Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland, Heilbronn (2000), 54-61. See bezifferte die Schadenssumme am Ende der 90iger Jahre auf jährlich mindestens 200 Mrd. DM.

[104] AaO., 54.

[105] Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen als größter Ausgabenblock in der Sozialhilfe ist gegenüber dem Vorjahr nur um 2,6% gewachsen. Vgl. epd sozial, Nr.4, 28.1.2005, 6f.

[106] „1960 mussten Arbeitnehmer nach Berechnung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in Düsseldorf im Schnitt knapp 16 Prozent ihres Einkommens an Finanzamt und Sozialkassen abführen. Gewinn- und Vermögenseinkommen wurden mit 23 Prozent belastet. Danach begann, was der Giessener Politologe Dieter Eißel den ´Marsch in den Lohnsteuerstaat` nennt. Egal wie der Kanzler hieß, eine Bundesregierung nach der anderen erhöhte die Abgabenlast auf abhängige Arbeit. Lohnsteuer, Sozialabgaben, Solidaritätszuschlag – heute liegt die durchschnittliche Abgabenlast eines Arbeiters oder Angestellten bei 35 Prozent. Gutverdiener müssen sogar weit mehr als die Hälfte ihres Einkommens an den Staat abführen. Unternehmer, Selbstständige und Vermögende dagegen verlieren im Schnitt nur noch knapp elf Prozent. Die Verhältnisse haben sich umgekehrt." Wolfgang Uchatius, Wo stehen die Reichen?, in: Die Zeit, Nr.40, 23.9.2004, 25.

[107] Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln, aaO., 95.

[108] „Kirche muss immer wieder klar machen, dass Eigentum und Reichtum Verpflichtung und Verantwortung bedeuten, dass es darum geht, in einer Solidargemeinschaft zu leben und miteinander zu teilen….Es kann

Reiche, Wohlhabende und der (noch) durch Arbeit, Sozialversicherungen und private Vorsorge abgesicherte breite Mittelstand können sich einen armen (Sozial)Staat leisten, Arme aber nicht, und Arme werden wir alle Zeit bei uns haben (Mk.14,7).[109] Reiche können sich hinter Mauern, Schutzzäunen und beschützt von privaten Wachdiensten sogar eine stark polarisierte deutsche Gesellschaft mit heterophobischen Eruptionen und sozialen Unruhen[110] leisten, aber eben nicht die breite Bevölkerungsmehrheit. Der Sozialmediziner Till Bastian formuliert zugespitzt und punktgenau: „In der Gier und ihrem Medium, der Geschwindigkeit, offenbart sich möglicherweise die selbstzerstörerische Seite der Moderne. Der Verdacht, dass wir mentalitätsgeschichtlich in die Zeit des Feudalsystems zurückkehren, scheint sich zu bestätigen. Der Realitätsverlust und die Abschottung des ökonomisch-politischen Establishments vom Rest der Bevölkerung sprechen eine deutliche Sprache. Zur Zeit des Ancien Regime, kurz vor der großen Französischen Revolution, lebte am Hof des Königs die berühmt-berüchtigte Madame Pompadour. Von ihr ist der Ausspruch ´Nach uns die Sintflut` überliefert. Das Wasser steigt bereits.“[111] Wenn die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände sich den in diesem Kapitel skizzierten unbequemen sozial-politischen und sozial-ethischen Aufgaben verweigern würden, sei es weil die einen zu sehr mit ihrer „volkskirchlichen“ Bestandswahrung beschäftigt blieben und die anderen sich unsolidarisch auseinander dividiert hätten in eine sozialpolitisch impotente Triade konkurrenzfähiger Sozial/Health/Wellnessunternehmen, in denen der Geist

---

nicht immer weiter bei den ohnehin schon Armen gespart werden. Kirche muss die Gewissen wachrütteln. Unserer Gesellschaft scheint tatsächlich dieses Solidaritätsgefühl der Starken mit den Schwachen verloren gegangen zu sein.“ So Bischöfin Margot Kässmann in einem Gespräch über die „Sehnsucht nach erfülltem Leben“, in: Zeitzeichen 10 (2003), 38-41, 40. Ähnlich Bischof Wolfgang Huber in einem Interview: „Die Macht der Kirche ist die Macht des Wortes, andere Instrumente haben wir nicht. Wir müssen einen Beitrag zum Mentalitätswandel leisten. Gespräche, Argumentationen, das Einwirken auf diejenigen, die als Glieder unserer Kirche auch wirtschaftliche Verantwortung tragen – das sind die Wege, die wir gehen müssen.“ NW vom 24.3.2005.

[109] „Gleichwohl können die Folgen einer stärker europäisierten und in Teilbereichen globalisierten Ökonomie nicht sozial polarisierend zugeteilt werden, den einen in Gestalt exorbitanter Gewinne, Nachlässe beim Steuerrecht und öffentlichen direkten und vor allem indirekten Subventionen, den anderen in Gestalt sinkender Primäreinkommen, steigender Belastungen durch Sozialabgaben und privater Zuzahlungen sowie dem Streichen von Vergünstigungen. Auch ist eine Polarisierung zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut nicht hinnehmbar: Die der Diakonie anbefohlenen Schutzsuchenden zumindest können sich einen armen Staat nicht leisten.“ E.-U.Huster, Armut und Verteilungsgerechtigkeit, aaO., 92.

[110] Die ehemalige Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, Heide Simonis, formulierte im Blick auf die umstrittene Erbschaftssteuer, dass „auch reiche Erben ein Stück mehr dazu beitragen (müssten), dass uns die Gesellschaft nicht um die Ohren fliegt“ (Wiesbadener Kurier vom 21.2.2004). Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, sprach in einem Interview mit der SZ vom 24./25./26.12.2004 im Blick auf die gestiegene Zahl der Reichen und Armen in Deutschland von einem „Symptom des Zerfalls. Das ist nicht zukunftsfähig und würde, wenn es sich fortsetzte, über kurz oder lang zu einem vorrevolutionären Klima führen.“ Der Kommunikationswissenschaftler und frühere Bundesgeschäftsführer der SPD, Peter Glotz, äußerte in einem Interview mit der NW die Befürchtung, dass „5,3 Millionen Arbeitslose unter den Bedingungen von Hartz IV“ wie eine „brennende Zündschnur“ wirken könnten. „Noch ist der Funke von der Granate weit entfernt. Noch…Aber irgendwann knallt es. Wie der Kanzler heißen wird, dem das Bundeskanzleramt dann um die Ohren fliegt, weiß allerdings niemand.“ (NW vom 15.3.2005) E.-U.Huster warnte vor der Diakonischen Konferenz: „Die durch die derzeitige Form der Westeuropäisierung und in Teilbereichen Globalisierung von Wirtschaft intendierte Entpolitisierung des Sozialen wäre zudem nur kurzfristig ´erfolgreich`, denn sehr bald werden sich, wie die zunehmende Politisierung der Europa- und Globalisierungsverlierer etwa in separatistischen bzw. antidemokratischen Bewegungen europaweit zeigt, neue Konfliktpotentiale zu Wort melden.“ Ders., Armut und Verteilungsgerechtigkeit, aaO., 92. Die seit 2000/01 unter Leitung des Bielefelder Konfliktforschers Wilhelm Heitmeyer durchgeführte Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ belegt eine deutliche Zunahme rassistischer, antisemitischer, sexistischer und heterophobischer (gegen Obdachlose, Homosexuelle, Behinderte, Muslime etc.) Einstellungen im Zusammenhang mit der Zunahme prekärer Lebenssituationen durch Arbeitslosigkeit und mit einer seit 2002 dramatisch gestiegenen und bis in die Mittelschicht reichenden Angst vor sozialem Abstieg. Vgl. W.Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 3, Frankfurt (2005).

[111] Zur Psychologie der Gier, in: Psychologie Heute 8 (2004), 44-47, 47.

der jesuanischen Diakonie wohl nur noch als eine Art von Hintergrundrauschen vernehmbar wäre, chronisch unterrefinanzierter Pflichtversorger und sozialanwaltschaftlicher Armutsinitiativen, dann würden sie sich mitschuldig machen an der Erosion des sozialen Friedens und verlören jegliche Glaubwürdigkeit als Schlichter und Vermittler zwischen den dann aggressiv geführten Verteilungs- und Verteidigungskämpfen der sozio - ökonomischen Fronten.[112] Staat und Gesellschaft brauchen in diesen Umbruchzeiten das kraftvolle evangelische Zeugnis und glaubwürdige soziale Gewissen eines engen, arbeitsteiligen Zusammenwirkens von Kirche und Diakonie.[113]

Diesen Aufsatz können Sie auch unter www.vedd.de / Dokumente abrufen

Impressum

Herausgeber:
Verband Evangelischer Diakonen- und
Diakoninnengemeinschaften in Deutschland e. V.

Glockenstraße 8, 14163 BERLIN
Verantwortlich: C. Christian Klein

[112] „Soziale Dienstleistung ist immer politisch bezogen auf soziale Verteilungsvorgänge, deren Erfordernisse und Ergebnisse, es fragt sich nur ob bewusst oder unbewusst und es fragt sich nur in welchem Sinne! Unterlassen die Anbieter sozialer Dienstleistungen eine Reflexion dieser Zusammenhänge und beziehen sie diese in ihre Konzeptionen nicht mit ein, dann werden vor allem sie es sein, denen das angesichts immer knapper werdender finanzieller Ressourcen für diese Zwecke abzusehende Scheitern ihrer Arbeit angelastet werden wird.“ E.-U.Huster, Armut und Verteilungsgerechtigkeit, 92.

[113] Die Forderung des Heidelberger Gesundheitsökonomen Steffen Fleßa, diakonische Einrichtungen zu verkaufen und rein armutsorientiert zu arbeiten, kann m.E. nur als ultima Ratio sozialer und politischerVerzweiflung in Betracht gezogen werden. So weit sind die Zeiten aber noch nicht. Vgl. Steffen Fleßa, Arme habt ihr allezeit!Ein Plädoyer für eine armutsorientierte Diakonie, Göttingen (2003) und Volker Herrmann (Hg.), DWI-Info-Sonderausgabe 5, Heidelberg (2005), 70-133.